

Arbeiter-Zeitung

Heute: **Roter Stern**
Nur für Abonnenten

Verl. im Auftr. des Verlags. Besuchs-
preis: 10 Pf. Einzelnummer 10 Pf.
Durch die Post bez. unter Streifen 3.00 Wfr.
Anzeigenpreis: 10 Pf. pro Zeile und
Raum 12 Pf. Berechnung: 10 Pf. pro
Zeile. Die Druckkosten der Haupt-
Expedition sind in der Haupt-Expedition
8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 10 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Haupt-Expedition: Breslau 10, Krenker Str. 50, Tel. 500 50.
Noth-Expedition: Breslau 544, Krenker Str. 50, Tel. 230 02.
Sprechst. der Redaktion von 12-13, Montag bis Freitag von 17-18 Uhr.
Filial-Expeditionen: Glatz, Oberstr. 26, Tel. 1088; Oppeln, Kalfschke 11, Tel. 1264;
Ostschlesien, Silesien, Leipzig 2384, Geschäftszeit: von 8-10 Uhr.
Vertrieb: am Hauptverlagort Breslau. — Verlag: Schiefel, Verlags-Gesellschaft
m. B. G., Breslau. — Druck: „Reubach“ Berlin, Fil. Breslau, Krenker Str. 50.

Gewerkschaftsspaltung mit Polizeihilfe

Sozialfaschist Scheffel läßt das Büro des Einheits-Verbandes in Dppeln durch Polizei besetzen Appell der Dppelner Kollegen: Schart euch um die Opposition!

Dppeln, 15. Oktober.
Zu der Spaltungstätigkeit der Sozialfaschisten im Einheitsverband Dppeln wird uns weiter berichtet: „Am Montag suchte der von Scheffel mitgebrachte Hausknecht das Büro der Ortsverwaltung auf und forderte diese auf, die Räume zu verlassen und ihm die Geschäfte der Ortsgruppe zu übergeben. Natürlich dachte die von den Mitgliedern rechtmäßig gewählte Ortsverwaltung nicht im entferntesten daran, vor einem hergelaufenen Beauftragten Scheffels das Feld zu räumen und die Mitgliedschaft seine den reformistischen Gesellen auszuliefern. Darauf wurde der rechtmäßigen Ortsverwaltung von Blättermann und dem anderen Anwalt des Hauptverbandes eine Gasenheit bis 12 Uhr mitgeteilt, nach deren Ablauf am 12. Oktober unternehmen die Sozialfaschisten den Versuch, das Büro in ihre Hände zu bekommen. Als ihnen das nicht gelang, hielten diese, um die Präsidenten Dppeln wurde das Büro besetzt. Die Polizei schloß und versiegelte das Büro der Ortsverwaltung des Einheitsverbandes.“

wählte Verwaltung die Geschäfte der Ortsgruppe weiterzuführen hat.
Die Mitglieder appellieren an die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands, die Eisenbahner Dppeln in ihrem schweren Kampfe gegen den Reformismus zu unterstützen.
Die Mitglieder der Ortsgruppe Dppeln des Einheitsverbandes geloben, sich wie bisher, auch in Zukunft mit aller Kraft für die Einheit der gesamten Arbeiterklasse einzusetzen.“
Verletzung des Verbandsstatuts, Nichtbeachtung der Mitgliederbeschlüsse, Zuhilfenahme von Polizei — so gehen die Sozialfaschisten in Dppeln vor, mit dem Ziel, die Opposition zu erledigen. Das wird ihnen nicht gelingen! Der Appell der Dppelner Eisenbahner an die gesamte Arbeiterschaft wird gehört und beantwortet werden! Die Arbeiter aller Betriebe in allen Betrieben, die sich gegen die Sozialfaschisten, Spalter und Unterneher zurückschlagen und einen erfolgreichen Kampf für Verbesserung der Arbeitsbedingungen und zur Hebung des Lebensniveaus zu organisieren!
Gibt den Dppelner Eisenbahnern zu Hilfe!
Solidarisiert euch mit der Opposition!
Hilft zum Reichstagskongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition! Wählt in allen Betrieben, Gewerkschaften und Stempelstellen Delegierte!

Nachmachen!

5000 neue Leser der Berliner „Roten Fahne“!
In kaum zwei Wochen ist die Zahl der Leser der „Roten Fahne“ um über 5000 gestiegen. Ein Ansporn zur verstärkten Werbearbeit auch für die kommunistische Presse in Schlesien und Oberschlesien.
1063 neue Leser gewonnen!
Unser Kölner Bruderblatt „Sozialistische Republik“ berichtet über ihre erfolgreiche Werbekampagne. In wenigen Wochen ist es unserem Bruderblatt gelungen, 1063 neue Leser zu gewinnen. Die Werbekampagne wird fortgesetzt.
Am 27. Oktober beginnt die Werbekampagne für die Arbeiterbewegung in der Provinz. Die Vorbereitungen treffen die Vorbereitungen!

Orzesinski-Polizei sprengt Anti-Faschistenkongreß im Ruhrgebiet

Essen, 14. Oktober. (Eigener Bericht.) Der Essener „demokratische“ Polizeipräsident Orzesinski hat, wie wir bereits gestern meldeten, den für Sonntag angelegten Antifaschistischen Kongreß des Ruhrgebiets verboten.
Zu diesem Kongreß hatte die Kommunistische Partei, der Kommunistische Jugendverband, der Internationale Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit, IAB, Rote Hilfe, Roter Frauen- und Mädchen-Bund, Freidenker-Opposition, Geschäftsleitung der ausgetretenen Zahlstellen, Oppositionsleitungen in den freien Gewerkschaften, Bezirksauschuss der Erwerbslosen und Arbeitersport- und Kulturartel Eisen aufgerufen. Schon allein das Verbot zeigt die ungeheuerliche Willkür dieses Verbot.
Es handelte sich um einen legalen Kongreß aller proletarischen revolutionären Massenorganisationen zur Vertiefung des Kampfes gegen Faschismus und Sozialfaschismus.
Das Komitee zur Vorbereitung des Antifaschistischen Kongresses antwortete auf das scharfmacherische Verbot des Polizeipräsidenten Orzesinski mit der Umverlegung des Kongresses in das Gebiet eines anderen Polizeipräsidiums.
Der Antifaschistische Kongreß, der auch einen wichtigen Teil der Mobilisierung zu den Kommunalwahlen darstellt, wurde um 10 Uhr morgens in Cassel eröffnet. Reichstagsabgeordneter Genosse Florin hielt das Referat über die politische Lage, die Notwendigkeit des verstärkten Kampfes gegen Faschismus und Sozialfaschismus sowie über die Aufgaben des gesteigerten politischen Kampfes innerhalb der Kommunalwahlkampagne.
Der Kongreß war von mehr als 300 Delegierten aus den proletarischen Massenorganisationen, zahlreichen Schachanlagen, mehreren anderen Betrieben und einigen Sportorganisationen besetzt. Auch Reichsbannerarbeiter in voller Uniform, die ihren Austritt aus der sozialfaschistischen Hörsting-Organisation erklärten, nahmen am Kongreß teil.
Nach mehr als dreistündiger Tagung war es den Mitgliedern der verschiedenen Polizeipräsidien gelungen, den antifaschistischen Kongreß aufzulösen. Nach ein Uhr mittags wurde das überfüllte Kongreßlokal von einem Nielsenangebot von Schupo, das auf Schneekraftwagen und Lieferwagen eintraf, umzingelt.
Der Kongreß beantwortete das Eingreifen der Polizei mit einem klaren revolutionären Kampfbekanntnis. Er stimmte in die

Niedertrübe auf den sozialfaschistischen Polizeiminister Orzesinski und in fürmische Hochrufe auf die kommunistische Internationale und die kommunistische Partei Deutschlands ein. Angesichts der schwerbewaffneten Polizei brauchte der Gesang der „Internationale“, während sich vor dem Lokal zahlreiche Anwohner ansammelten.
Der Polizeihauptmann, der die Schupo kommandierte, erklärte den Antifaschistischen Kongreß im Auftrag des Bochumer Zentrums-polizeipräsidenten Graf für sofort aufgelöst und ordnete die Eskortierung aller Anwesenden an.
Der Reichstagsabgeordnete Genosse Florin und der Landtagsabgeordnete Genosse Kasper, Berlin, traten dieser Auslöschungsvorgang energisch entgegen. Genosse Florin wies darauf hin, daß es sich um einen brutalen und selbst nach bürgerlichen Gesetzen willkürlichen Unterdrückungsakt gegen einen Kongreß legaler Organisationen handele. Der Polizeiterrror sei um so unerhörter, als er eine direkte Wahlbehinderung der kommunistischen Partei darstelle.
Der Polizeihauptmann war nicht einmal imstande, die Behauptung aufzustellen, es handle sich um einen Kongreß des „verbotenen“ IAB. Er behauptete jedoch, es handle sich um eine Konferenz der KPD und führte ihr gegenüber die Befehle durch, die diese proletarischen Organisationen außerhalb des Gesetzes stellt.
Der größte Teil der Delegierten — soweit er der Polizei nicht entwich — wurde namentlich festgesetzt und auf Schiffsfähren durchsucht.
Mit einer Frechheit und Willkür sondergleichen gehen die Polizeipräsidenten von Essen und Bochum gegen die antifaschistische Bewegung vor, nachdem ihnen der Dortmunder Sozialfaschist Lübbering das Beispiel bei seinem Verfolgungsfeldzug gegen die antifaschistische Organisation „Kuhnmacht“ gegeben hat. Melcher und Graf, die nach zentralen Anweisungen des Polizeisozialisten Orzesinski handeln, übertragen ihren Verbotsfeldzug schon auf die kommunistische Partei und andere proletarische Massenorganisationen. Diese Polizeiaufgebote werden gegen die Arbeiterschaft eingeleitet. Orzesinski wendet die niederträchtigste Förgiebelsmethode an. Orzesinski, der den Antifaschistischen Kongreß sprengen läßt, gewährt den faschistischen Garben der Nazis die größte Terrorfreiheit. Orzesinski ist nicht nur der Schrittmacher des Faschismus — er zeigt sich auch selbst als ein Herrscher faschistischer Gewaltmethoden. Aber die Herren mit den

Polizeigehirnen werden am revolutionären Kampfwillen des Proletariats zerbrechen.
Wir rufen das Proletariat auf, die Kommunalwahlkampagne mit dem schärfsten Kampf zur Verteidigung der Legalität seiner antifaschistischen Bewegungen zu eröffnen. Antwortet auf den sozialfaschistischen Polizeiterrror durch um so entschlosseneren Aufmarsch gegen Sozialfaschismus und Faschismus.

Ostoberschlesische Bergarbeiter fordern mehr Lohn

Die Gewerkschaftsbirokrat'n wollen keinen Kampf
H. Kattowitz, 13. Oktober. Am Sonntagabend fand in Kattowitz ein Kongreß der Betriebsräte der ostoberschlesischen Kohlengruben statt, auf dem zu der letzten Lohnbewilligung von vier Prozent Stellung genommen wurde. In scharfer Weise wurde von den Betriebsräten die Lohnreduktion als zu geringfügig abgelehnt und nachmalige Verhandlung vor einem außerordentlichen Schiedsgericht verlangt. Von mehreren Betriebsräten wurde sofortiger Streik verlangt, doch gelang es dem Versammlungsleiter, die Betriebsräte zur Besonnenheit (was ein Gewerkschaftsbirokrat unter „Besonnenheit“ versteht, wissen auch die deutschen Arbeiter sehr gut: Verzicht auf Kampf um Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Erfüllung aller Unternehmerwünsche. — Die Red.) zu ermahnen und erst dann einen Streik zu proklamieren, wenn der Schiedspräsident keine Milderung erfahren sollte.

Vom Tage

Marshall Feng gibt bekannt, daß er eine neue Regierung mit dem Sig in Peking gebildet habe und hat an sämtliche diplomatischen Vertretungen Telegramme geschickt, in denen er erklärt, daß für ihn und seine Anhänger die Regierung in Nanking aufgehört habe zu bestehen.
Wie H. aus London meldet, gewinnt der Aufstand in Nordchina weiter an Ausdehnung. Die Truppen des Generals Simliang-tscheng, unterstützt durch Feng, hätten ein ernstes Zusammentreffen mit den Regierungstruppen. Der Aufstand ist noch ungelöst.
Nach bisher noch unbestätigten Meldungen aus Asien soll H. H. von den Truppen Radir Khan gefangen genommen sein.
Wie eine Berliner Korrespondenz meldet, soll im Strafrechtsauschuss eine Mehrheit für die Beibehaltung des § 125 (widerrechtliche Unzucht, Verkehr mit Gleichgeschlechtlichen) vorhanden sein.
Der neue österreichische faschistische Verfassungsentwurf raubt der Stadt Wien die bisherigen Rechte eines Bundeslandes. (Wir werden den faschistischen Verfassungsentwurf und seine Bedeutung ausführlich behandeln.)
In der Starek-Affäre sind am Montag weitere Beschuldigte, darunter zwei rätische Beamte, vernommen worden

Glaref-Geld für Reichsbanner

Hörfings Dementi war gelogen! — Dokumente über Lieferungsverträge des korrumpierten Bundesvorstandes — Reichsbannermitglieder um Hunderttausende betrogen

Die „Rote Fahne“ veröffentlicht in photographischer Wiedergabe zwei Briefe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, die bestätigen, daß der Bundesvorstand des Reichsbanners, mit seinem Vorsitzenden Hörfing an der Spitze, sich in den Dienst der Korruptionisten Ellaref gestellt hat. Neben ihrer Rolle als bereitwillige Kapitalstrecke haben sie sich in einem unerhörten Ausmaß an den Betrügereien gegenüber der werktätigen Bevölkerung und sogar gegenüber ihren eigenen Mitgliedern beteiligt. Hörfings „Dementi“, daß die verhafteten Gebr. Ellaref niemals dem Reichsbanner Geldzweckungen gemacht haben, und weder der Bundesvorstand noch die einzelnen Gauleitungen mit Ellaref auch nur das Geringste zu tun gehabt haben, wird als eine freche Lüge entlarvt. Das Reichsbanner steht tief im Korruptionssumpf. Die „Rote Fahne“ kündigt weitere Enthüllungen an. Sie wird schonungslos den Lügenschleier, mit dem Hörfing und die SPD-Presse vergeblich versucht haben, diese Garbe des Kapitals vor dem vernichtenden Urteil der Arbeiterklasse zu schützen, zerreißen. Wir werden auch nicht nur der revolutionären Arbeiterschaft, sondern den Reichsbannerarbeitern, wie wir es schon tausendmal getan haben, beweisen, daß die Schwarzrotgoldene Koalitionsführerschaft in jeder Beziehung, politisch und moralisch, mit zu denen gehört, die das Volk politisch und finanziell betrügen, ausbeuten und verraten.

Jeder ehrliche Arbeiter im Reichsbanner muß angeichts dieser Tatsachen diese korrumpierte Organisation verlassen und den Weg zur revolutionären Klassenfront des Proletariats finden.

Hörfings Lügen entlarvt

Die „Rote Fahne“ berichtet im einzelnen:

Der Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold hat die einzelnen Gau- und Bundesmitglieder gezwungen, von den früheren Lieferungsverträgen für Reichsbanneruniformen mit der „Rulag“ zurückzutreten und hat durchgesetzt, daß die Lieferungsverträge dafür mit Ellaref abgeschlossen werden. Das von der „Roten Fahne“ photographiert wiedergegebene Schreiben lautet:

„Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold,
Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer C. D.
Bundesvorstand,
Magdeburg, den 9. Juli 1928.
Firma
Gebr. Ellaref,
Berlin C. 9,
Kommandantenstraße 80/81.
Zutr.: Bekleidung.

Wir erhalten Ihr werthes Schreiben vom 30. 6. 28 und erteilen zum Uebergang der Verträge, welche die „Rulag“ mit den Gauen Berlin, Dresden, Frankfurt a. M. und Ludwigshafen geschlossen hat, auf Sie unsere Zustimmung. Die genannten Gauen haben wir vom Geschehenen benachrichtigt.
Frei Heil!

Hier bestätigt der Bundesvorstand des Reichsbanners den Gebr. Ellaref die abgeschlossenen Lieferungsverträge und damit sind die Lügen aus dem Dementi Hörfings, daß die „Ellarefs nur von sich aus Uniformen an die einzelnen Reichsbannermitglieder geliefert haben“ und daß „der Bundesvorstand mit den Ellarefs nicht das geringste zu tun“ gehabt hat, festgestellt!

Das Reichsbanner als Verkaufsfeld der Ellarefs

Der Bundesvorstand des Reichsbanners hat nicht nur dafür gesorgt, daß mit der Ellarefs die wucherischen Verträge für Uniformen abgeschlossen wurden, sondern er hat auch dafür gesorgt, daß der Apparat des Reichsbanners für die Durchführung der Riesengewinne, in die sich Ellaref und der Bundesvorstand geteilt haben, eingesetzt wird. In folgendem, von der „Rote Fahne“ ebenfalls photographisch wiedergegebenen Brief teilt die Gauleitung des Reichsbanners Ostpreußen den Gebr. Ellaref mit, daß:

das Reichsbannermitglied Wendelsohn aus Allenstein als offizieller Geschäftsvertreter Ellarefs von ihnen für die Reichsbannerlieferungen ernannt worden ist. Das Schreiben lautet:
„Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold,
Gau Ostpreußen,
Firma
Gebr. Ellaref,
Berlin.

Auf das dargelegte Schreiben vom 10. d. M. teilen wir Ihnen mit, daß wir unsere Ortsgruppen im Rundschreiben darauf aufmerksam gemacht haben, daß der Kamerad Wendelsohn in Allenstein mit der Vertretung Ihrer geschätzten Firma für Ostpreußen beauftragt ist. Wir haben die Mitglieder angewiesen, sich an den Kamerad in allen die Reichsbannerangelegenheiten betreffenden Fragen zu wenden. Bei dieser Gelegenheit möchten wir Sie noch einmal dringend bitten, uns mitzutheilen, wieviel Reichsbanneranzüge insgesamt für den Gau Ostpreußen geliefert wurden. Wir hoffen, recht bald im Besitz dieser Nachricht zu sein und zeichnen

Hochachtungsvoll
gez. Kalleff.

Weiteres Material werden wir morgen veröffentlichen.

DNB-Ausschlußverfahren gegen DNB-Funktionäre

Wegen Unterstützung der freireichenden Rohrer

Die sozialistische Bürokratie des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat jetzt gegen den DNB-Funktionär Kehrung in Belgien ein Ausschlußverfahren eingeleitet, weil er Kartoffelspenden für die freireichenden Berliner Rohrer in Empfang nimmt und weiterleitet.

Das korrupte DNB-Gesindel in der Leitung des DNB, das den Streikbruch organisiert, magt es, einen Arbeiter auszuschließen, weil er seine kämpfenden Klassengenossen unterstützt.

Kowalski-Staatsanwalt blamiert sich weiter!

Anklage gegen „Eulenspiegel“

Vor kurzem teilten wir mit, daß der Generalstaatsanwalt gegen den „Eulenspiegel“ wegen einer Satire, die gegen den polnischen Erzbischof-Mädchenschänder Kowalski gerichtet war, Anklage wegen Gotteslästerung erhoben hatte. Um sich rechts zu blamieren, hat er jetzt die Hauptverhandlung gegen den Verlagsleiter des „Eulenspiegel“, Genossen Bruno B. Keimann, und den verantwortlichen Redakteur, Genossen Otto Nagel, vor dem erweiterten Schöffengericht auf den 21. Oktober 1929 angesetzt. Unsere Staatsanwälte haben sich schon viel geleistet, aber hier haben sie sich insofern übertraffen, als sie einen gerichtsnotorisch wegen Mädchenschändung abgeurteilten ausländischen Erzbischof unter den Schutz des deutschen

Gesetzes stellen. Man kann gespannt sein, was dabei herauskommt. Ueber den weiteren Verlauf der staatsanwaltlichen Eulenspiegelerei werden wir weiter berichten. Für unsere Leser ist es nunmehr doppelt Pflicht, für die Verbreitung des „Eulenspiegel“ zu sorgen.

Staatsanwälte zu verkaufen

Otto Wolff kauft sich den besten Kölner Staatsanwalt. Von gut informierter Seite wird uns mitgeteilt, daß der bekannte und einflußreiche Otto Wolff-Konzern, dessen Hauptkammer den gerissenen Manipulationen verbannt und gegen den Hunderte von Strafanträgen wegen unlauterer Machenschaften vorliegen, jetzt ausgerechnet einen der bekanntesten und tüchtigsten Kölner Staatsanwälte, der die Anklagen gegen den Wolff-Konzern jahrelang mitbearbeitet hat, nunmehr mit einem Aneignungsakt als Spandikus seiner Rechtsverteidigung angeheißt hat.

Nach zwanzigjähriger Dienstzeit scheidet der Staatsanwalt Rudolph ohne Personensprüche aus dem Justizdienst aus, um den Otto-Wolff-Konzern gegen ein ungeheures Gehalt juristisch zu „beraten“.

Dieser Fall zeigt wiederum einmal typisch, wie Großindustrie und Schwerindustrie sich sogar Staatsanwälte kaufen, um noch besser verdienen zu können.

Eine Fallschirmzwergerwerkstatt ausgehoben

Sterkrade, 14. Oktober. Nach längeren Beobachtungen nahm die Sterkrader Kriminalpolizei sieben Personen wegen Fallschirmzwergerlei. In der Wohnung des Hauptverdächtigen, eines Weggermeisters, wurde in einem Zimmer eine vollständig eingerichtete Fallschirmzwergerwerkstatt gefunden. Bei den weiteren Nachforschungen konnten in einem Koffer verstreut weiteres Handwerkszeug und auch zur Herstellung von Fallschirmen benutzte Viehformen zutage gefördert werden. Die Täter haben in der letzten Zeit falsche Fünfmarskstücke angefertigt und in den Verkehr gebracht.

Zugzusammenstoß im Duisburger Hauptbahnhof

U. Duisburg, 15. Oktober. Montag gegen 20,30 Uhr fuhr der Personenzug 280 in Richtung Düsseldorf bei der Ausfahrt aus dem Hauptbahnhof gegen eine Rangierlokomotive. Durch den Zusammenstoß wurden mehrere Personen verletzt, davon sechs erheblich. Die beiden Lokomotiven wurden so schwer beschädigt, daß sie abgeschleppt werden mußten. Die Reisenden setzten mit einem anderen Zuge die Fahrt fort.

Leipziger mit dem Auto der „Arbeiterbank“ verunglückt

U. Berlin, 14. Oktober. Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Theodor Leipziger, ist am Montagmorgen bei einem Kraftwagenunfall schwer verletzt worden und liegt zurzeit mit lebensgefährlichen Verletzungen im Berliner Silbergard-Frankenhaus. Das Unglück ereignete sich auf der Autobahn. Leipziger befand sich zusammen mit dem Direktor der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Geheimrat Wachem, im Kraftwagen, als plötzlich der Wagen, der in großer Geschwindigkeit fuhr, von der Fahrbahn abkam und sich überflügel. Leipziger erlitt einen Schädel- und einen Oberschenkelbruch.

An unsere Leser!

Wir bitten unsere Leser, den Kolporturen bei der Einfasserung des Abonnementgeldes seine Schwierigkeiten zu bereiten! Der Verlag muß streng daran festhalten, daß das Zeitungsgeld regelmäßig und im voraus einrichtet wird! Bei der Einfasserung ist vom Kolporteur eine Quittung zu verlangen!

ANNA IVAN OLBRACHT

Das Mädchen vom Lande DER ROMAN EINER ARBEITERIN

Internationaler Arbeiterverlag, Berlin O 25
68

In der Minute, als der Magistratsbeamte dem Direktor den Befehl zur Verhaftung überreichte, sah der Ministerpräsident in einem Jantewil in seinem Arbeitszimmer. Ihm zur Seite stand sein treuer Helfer, der Ministerialdirektor Podhrastz. Beide erfahrene Beamte des alten kaiserlichen Regimes, gaben sich zigarrenrauchend noch ruhiger als sie in Wirklichkeit waren und erwarteten das Klingeln des Telefons.

Die Führer der Partei trafen sich in einer Privatwohnung. Sie waren hier und erregt. Es war zum erstenmal, daß sie sich entschlossen, Arbeiterblut zu vergießen. Die Augen des alten Anton Deutsch funkelten unruhig hinter den goldgefaßten Brillengläsern.

Kein, zu dieser Situation wollte er es niemals kommen lassen. Er verstand nicht, wie es geschehen war, daß er hier saß und wartete. Nun gab es aber kein Zurück mehr.

Im Volkshaus telefonierte der Direktor des Unternehmens mit dem Magistrat. Aber es antwortete nur ein Amtsdiener. Die Amtsdiener waren beendet. Der Direktor telefonierte nach dem Polizeipräsidenten, aber der Polizeipräsident hatte wenig Verständnis für politische Argumente und für die Wirkungen. Er erklärte sich bereit, an der Unternehmung im Innenministerium zu berichten.

Nach einer kurzen Zeit klingelte im Büro des Volkshauses das Telefon. Es meldete sich das Innenministerium. Es empfahl, einen Versuch zu unternehmen, die Angelegenheit im Vergleichsweg zu lösen. Es erklärte, daß es keineswegs wünsche, daß es zu irgendwelchen politischen Kämpfen käme und nahm zur Kenntnis, daß für Uhr eine Verjämderung der Vertrauensleute nach dem Volkshaus einberufen sei, die über die Angelegenheit beraten und entscheiden sollte.

Es war der Ministerialdirektor Podhrastz, der gesprochen hatte. Der Ministerpräsident sah mit gekreuzten Beinen im Ledersauteil, hielt den zweiten Hörer in der Hand und nickte bei den fragenden Blicken Podhrastz kurz mit dem Kopf.

Während dieser unfruchtbaren Verhandlungen besetzten 300 Mann Polizei das halbleere Volkshaus. Sie pflanzten sich in Reihen auf den Höfen auf und sperrten die Durchfahrten nach den Straßen ab. Die halbleere Festung, in einem Zeitpunkt überragt, wo sie es am wenigsten erwartete, wurde von der Welt abgetrennt und luftdicht abgeschlossen. Keine Lebewesen konnten hinein oder heraus, nur das Telefon funktionierte noch. Es war von einigen Funktionären besetzt, die zufällig im Hause waren, und die nach der ganzen Stadt telefonierten und versuchten, soweit es ging, mit den Fabriken in Verbindung zu treten.

Das Volkshaus ist von der Polizei besetzt. Verständigt die Fabriken, Lanel, Kolbe, Ringhofer und die anderen. Für 6 Uhr abends ist in dem Gartencafé des Volkshauses eine Sitzung der Fabrikvertrauensleute einberufen. Schnell nach den Betrieben, alles verständigen!

Als die Polizei, die das Telefon überwachte, merkte, welche Parole aus dem Volkshaus kam, wurden die Gespräche unterbrochen, und das Telefon hörte auf zu funktionieren. Das Volkshaus war von der übrigen Welt abgeschnitten. Es stand inmitten des Dezemberabends allein wie ein Fremdkörper, der zwischen die Häuser der Stadt eingezwängt wurde, anders als diese und außerhalb ihrer Befehle.

In der Gasse vor dem Volkshaus ballten sich kleine Haufen, welche dem Bahnhof gegenüber aufstiegen, blieben stehen, um zu sehen, warum das Tor des Volkshauses von der Polizei abgeriegelt war, und warum so viele Schutzleute auf der Straße standen.

„Weitergehen! Nicht stehen bleiben! Weitergehen!“ schrien die Schutzleute.

Ein Neugieriger, der sehen will, was los ist, hält sich weiter nicht auf. Er geht fortwährend hundert Schritte weiter und kommt wieder zurück, und wenn die Fahrdämme so voll Menschen stehen, daß die Straßenbahn sich ihren Weg nur mit Mühe und überauslautem Klingeln bahnen kann, dann ist es unmöglich, dem Polizeibrüden zu folgen.

Die Polizei war machtlos. Um 5 Uhr nachmittags traf der erste organisierte Zug ein. 150 Arbeiter marschierten im schnellen Schritt

durch die Gasse, und die vielköpfige Menschenmenge trat vor ihnen zurück, lieber als vor den Straßenbahnwagen. Als der Zug vor dem Eingang zum Volkshaus stand und nur eine kleine Spanne von der Brust der Schutzleute entfernt war, da wich er unwillkürlich zurück und schwankte.

„Zurück!“ brüllte der Polizeioffizier aus dem hellerleuchteten Eingang.

Der Polizeioffizier stand hinter dem vierfachen Kordon der Schutzleute.

„Ich mache sonst von der Waffe Gebrauch!“

Ein Sturm der Entrüstung antwortete ihm. Die Polizeimannschaften hielten die Hände fester, die sich zu vierfacher Kette geschlossen hatten.

Geschrei, Geschrei.

Der Vertrauensmann des Zuges brüllte den Polizeioffizier an, daß für 6 Uhr nachmittags im Volkshaus auf Wunsch des Innenministeriums eine Sitzung einberufen sei, und daß man ihn hereinlassen müsse.

Der Offizier antwortete irgend etwas.

Die erregten Proletarier erklärten den Schutzleuten Leidenschaftlich, daß auch sie Proletarier seien und daß die Uniform ihrer Familien nicht vor Hunger und Not schütze. Die eisigen Gesichter der Schutzleute waren bleich. Ihre Hände schlossen sich krampfhaft. Dann koste wieder der Lärm.

Ein Ausschrei.

Rud-jud. Von rückwärts kam ein kurzer mächtiger Rud, Körper stieß gegen Körper, erhobene Arme schützten die Augen. Der vierfache Kordon ist durchbrochen, die Vordersten stolpern und laufen, die Masse treibt vorwärts, die Einfahrt bröckelt von eisenden Schritten. Die Masse ergießt sich in den Vorhof des Volkshauses. Wer von Neugierigen mitkommen wollte, wurde mitgerissen.

„Hurra, Hurra!“

Die kleinen Häufchen von Arbeitern, die noch unter den Neugierigen verstreut waren, begrüßten den Erfolg mit Jubel und zogen dadurch die neugierigen und hagerfüßigen Mäuler der Kleinbürger auf sich. Der zerstückelte Polizeikordon formte sich wieder und schloß die Einfahrt aufs neue.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich für Oberlesien Gerhard Schulz, Gletwitz, für den gesamten

Klassengenossen, her zu uns!

Wie Breslau-Nord die Werbewoche vorbereitet

Wir veröffentlichen heute die Namen der Orte, die mit dem Vertrieb unserer Wochenausgabe an der Spitze stehen. Am vergangenen Sonnabend und Sonntag hatte der Stadtteil Breslau-Nord mit tausend verkauften Exemplaren alle anderen Orte und Stadtteile in Schlesien überholt. Der Vertrieb der Wochenausgabe ist eine gute Vorbereitung für die allgemeine Werbelampagne. Die Genossen müssen danach frachten, aus den Kreisen der unabhängigen, gelegentlichen Abnehmer der Wochenausgabe Abonnenten der „Arbeiter-Zeitung“ zu gewinnen. Nachstehend veröffentlichen wir den uns von der Stadtteilleitung Breslau-Nord zugegangenen Bericht, der zeigt, wie die Genossen die Vorbereitungen zur Werbelampagne begonnen haben. Wir fordern die anderen Ortsgruppen und Stadtteile auf, uns ebenfalls Berichte über ihre Arbeit zu senden. Durch Veröffentlichung dieser Berichte werden die Erfahrungen ausgetauscht und so ein gutes Ergebnis unserer Werbung gesichert.

Die Stadtteilleitung Breslau-Nord schreibt uns:

Die Werbelampagne für die „Arbeiter-Zeitung“ haben wir bereits seit längerer Zeit in Angriff genommen. An bestimmten Tagen, an denen in der „Arbeiter-Zeitung“ ein oder mehrere Artikel veröffentlicht wurden, von denen wir annahmen, daß sie mit besonderem Interesse von den Arbeitern gelesen werden, haben wir einen Verkauf der Zeitung organisiert. Unter anderem haben wir am Mittwoch vergangener Woche Zeitungen mit dem großen Artikel mit dem Bericht über die Schlägerei in der sozialdemokratischen Vertreterversammlung vertrieben. Ende voriger Woche hat eine Sitzung mit den Funktionären sämtlicher uns befreundeter Organisationen stattgefunden. Die Funktionäre aller Organisationen erklärten sich bereit, unsere Werbelampagne für Partei und Presse zu unterstützen. Am Sonntag, um 9 Uhr, war Auftreten aller Mitglieder aller Organisationen festgesetzt. Von 9 bis 11 Uhr wurde die Arbeit eingeteilt. Jedem einzelnen Genossen und Gruppen von Genossen wurden bestimmte Straßenzüge zugewiesen, und eine Anzahl Wochenausgaben der „Arbeiter-Zeitung“ gegeben. Um 11 Uhr marschierten die Genossen im geschlossenen Zuge unter Marcitritt einer Kapelle durch den Stadtteil. Im Zuge wurden Transparente mitgeführt, die die Aufschrift „Werde Abonnent der Arbeiter-Zeitung“

trugen. Um 11,45 Uhr wurde der Demonstrationzug aufgelöst, und die Genossen verteilten sich auf die Häuser. Um 12,30 Uhr kamen die ersten bereits jurist. Sie hatten ihre Zeitungen alle abgeholt und rechneten die vereinnahmten Gelber ab. Zum Teil haben die mitgenommenen Zeitungen nicht gelangt. Mit dem Verkauf der „Arbeiter-Zeitung“ ist die Sache für uns natürlich noch nicht abgetan. Wir werden die Arbeit fortsetzen. Schon am kommenden Freitag soll anlässlich der Antifaschistenversammlung wiederum

ein Verkauf der „Arbeiter-Zeitung“ organisiert werden. Später wollen wir die Arbeiter, die die „Arbeiter-Zeitung“ gekauft haben, zu ständigen Abonnenten gewinnen.

Ein Brief russischer Metallarbeiter an das schlesische Proletariat

Palatka, 27. September.

Rot Front!

Ich wende mich an Euch, als die Genossen Kommunisten, denn wir haben gemeinsame Interessen. Der gemeinsame Kampf gegen die Kapitalisten vereinigt uns Proletariat zu einer Familie. Eure Namen erfuhr ich durch den aus Deutschland zurückgekehrten ehemaligen Kriegsgefangenen Genossen Solozhen, nachdem der Genosse Solozhen in der allgemeinen Mitgliederversammlung unseres Metallarbeiterverbandes und die Grüße der revolutionären Arbeiter Deutschlands, der Roten Frontkämpfer und der Kommunisten, die gegen das Kapital, die Sozialfaschisten und die Verräter an der Arbeiterklasse für die Befreiung des Proletariats Deutschlands von der kapitalistischen Ausbeutung führen, übermittelt hatte.

Wir halten es für unsere Pflicht, den Gruß der Kämpfer für die Revolution herzlich zu erwidern. Wir versichern Euch, daß die Metallarbeiter der Sowjetunion stets bereit sind, Schulter an Schulter mit Euch für die Weltrevolution zu wirken und bis zum Siege für Errichtung der Diktatur des Proletariats zu kämpfen.

Angesichts der bevorstehenden Kommunalwahlen in Deutschland wenden wir uns an die revolutionären Arbeiter und das gesamte deutsche Proletariat mit der Aufforderung, dahin zu wirken, daß das Proletariat noch enger als bisher sich um die kommunistische Partei schart, die die Führerin und Interessenvertreterin der Arbeiterklasse Deutschlands ist. Den Klassenfeinden und sozialdemokratischen Verrätern muß eine entscheidende Niederlage bereitet werden.

Wir verfolgen mit Interesse Euren opfervollen Kampf für die Sache der Arbeiterklasse. Wir fühlen uns mit Euch eins im Kampfe für die Diktatur des Proletariats in Deutschland.

Es lebe die kommunistische Partei Deutschlands!

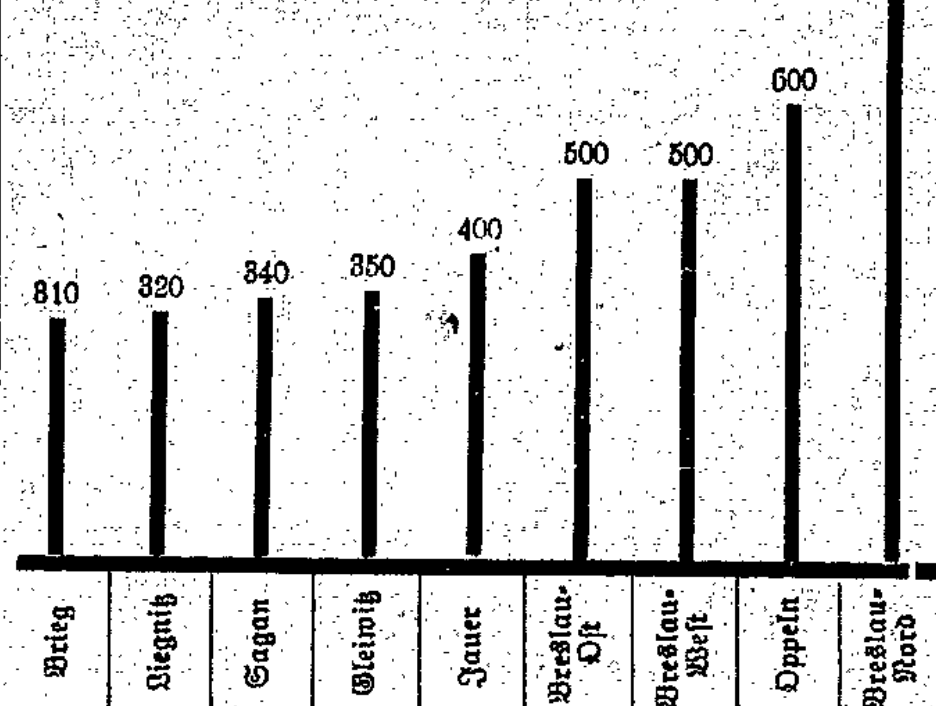
Es lebe der Kampf für die Diktatur des Proletariats in Deutschland!

Mit kommunistischem Gruß

Arjamaßew.

Die Spitzenergebnisse

Die Ortsgruppe, die an den sechs Sonnabenden vor der Wahl 10 000 Exemplare der Wochenausgabe absetzt, erhält vom Verlag 50 Mark. Der Wettbewerb hat am vergangenen Sonntag eingesetzt. An der Spitze steht Breslau-Nord. Alle Orte müssen die Anstrengungen verdoppeln! Steigert die Verkäufe für die Wochenausgabe!



3000 Arbeiter verlassen die SPD.

Bankrott der SPD in Hessen — Sturm der betrogenen Mitglieder an dem Parteitag

Am 21. und 22. September fand in Bischofsheim der Landesparteitag der SPD. in Hessen statt. Was sich auf diesem Parteitag abgespielt hat, was man zu hören und zu sehen bekam, ist ein verheerendes Verbrechen für die gesamte Arbeiterklasse. Es beginnt zu dämmern in den Reihen der Partei des Arbeitererrats. Die betrogenen Arbeiter beginnen Abrechnung zu halten mit dem sozialfaschistischen Führerpaar. Der Landessekretär Widemann teilte in seinem Bericht mit: „Die Werbetätigkeit ist insgesamt stellenweise gerade ins Gegenteil umgeschlagen, haben wir doch in Hessen seit der letzten Landtagswahl über 3000 Mitglieder verloren.“

Der Begrüßungsartikel zum Parteitag im Mitteilungsblatt der SPD. ließ manches vermuten. Da hieß es z. B.:

„Es sind recht viele Anträge zum Landesparteitag eingereicht worden... Leider sind dies Anträge, die offene Türen einrennen... Weiter sind noch Anträge eingegangen, bei denen der Landesvorstand erst beschließen muß, ob diese veröffentlicht werden sollen, und zwar um des Ansehens der Partei. Sie hat viel Macht und Ansehen zu verteidigen. Nicht derjenige ist der Klügste, der recht viele Anträge stellt und immer geredet haben muß, denn Schweigen ist Gold.“

Schweigen also sollten die Parteitagdelegierten! Doch die Rebellion in den unteren Mitgliedertreihen ist so stark, daß die Delegierten diese Zumutung zurückweisen und reden mußten, ob es dem Vorstand paßte oder nicht. Die Mitglieder des Vorstandes merkten, wieviel es geschlagen hat und stellten sich entsprechend der Stimmung der Mitglieder ganz radikal ein. Der Landessekretär Widemann führte in seinem Referat aus:

„Die Panzerkreuzertatili hat uns schwer zu schaffen gemacht. Schwerer Schaden ist der Partei durch diese Sache zugefügt worden. Es hat die Aufbietung aller Kraft gefordert, die revoltierenden Massen zur Vernunft zu bringen. Dies ist ersichtlich bald gelungen... Trotzdem stehe ich auf dem Standpunkt, daß man sich in Magdeburg statt über das Wehrprogramm besser über das Erwerbslosenproblem unterhalten hätte.“

Aber Widmann kann noch mehr. Da die faumäßigen Zustände in der Partei allgemein bekannt sind, übt er Selbstkritik:

„In der Partei selbst ist vieles nicht so, wie es sein sollte. Die Unpünktlichkeit ist weit eingegriffen. Um 8 Uhr angelegte Versammlungen können in der Regel erst um 10 Uhr anfangen. Die Werbetätigkeit ist insgesamt stellenweise gerade ins Gegenteil umgeschlagen, haben wir doch in Hessen seit der letzten Landtagswahl über 3000 Mitglieder verloren.“

Also 3000 Mitglieder hat die SPD. allein in Hessen verloren. Soviel geht selbst der Landessekretär zu. Wieviel werden es aber erst in Wirklichkeit sein, und die, die noch übrig sind? Darauf gab Dey vom Landesvorstand in seinem Referat Antwort. Er machte das in diplomatischer Form, damit den Parteidelegierten der Bankrott nicht allzu kraß offenbar wird. Er sagte:

„Gemessen an der Zahl der Mitglieder ist ein Markennutzen von nur 38 Prozent erzielt worden.“

Auf gut deutsch heißt das, daß von den übriggebliebenen Mitgliedern nur ganze 38 Prozent Beiträge entrichtet haben.

In der Diskussion wurde scharfe Kritik an der Politik der Müller, Sebering, Willert geübt. Mehrere Redner kritisierten, daß zu wenig für die Jugend getan wird. Seubert (Darmstadt) spricht von einer Revolte der Jugend, die man ernst nehmen muß, wenn die Partei die Jugend nicht ganz verlieren will.

Koser-Neu-Herburg vermißt in den Ausführungen Widmanns jede Stellungnahme zur nationalsozialistischen Bewegung. Die Redakteure sollten endlich auch einmal hier zur Offensive übergehen. Man schreie ja sonst Jeter und Mordis, wenn es sich um Kommunisten handle.

Die Landtags- und Reichstagsfraktion ist den Wählern die Lösung der gestellten Wahlaufgaben reißlos schuldig geblieben.

Schweiger-Offenbach wendet sich gegen die Politik der Führer und sagt zu der Werbewoche: „Auf dem Lande ist für die Partei vielleicht noch etwas zu holen, dagegen in den Städten so gut wie nichts mehr.“

Zick-Darmstadt: „Viele Beamten gehen nur zur Partei, um mit dem Mitgliedsbuch einen Posten zu ergattern. Es muß Schluß gemacht werden mit der Subventionspolitik.“

Rint-Urbach: „Von allen schönen Berichten der Landtagsfraktion merkt man in der Praxis verteuert wenig oder gar nichts. Die letzte Landtagswahl in Hessen hat der Partei einen gehörigen Denzettel gegeben, und wenn man so im arbeiterfeindlichen Sinne weiterwirtschaftet, brauche man sich nicht über den nächsten Denzettel zu wundern, der noch besser ausfallen wird.“

Koser-Neu-Herburg ergriff noch einmal das Wort und erklärte:

„Alle Forderungen des Proletariats hat man nach rechts hin preisgegeben und hält die Arbeiterschaft weiter mit schönen Versprechungen und Heben.“

Zu Sturmjahren, wie sie auf Parteitag kaum je zu verzeichnen waren, kam es bei der Abstimmung über die von den Ortsgruppen gestellten Anträge. Besonders hatte es dem Vorstand ein Antrag angetan, der fordert, daß alle beamteten und angestellten Parteimitglieder zum 1. Mai jedes Jahres einen Tagesgehalt an die Parteikasse abzuführen haben. Der Antrag soll, wie der Landesvorstand sagt, ursprünglich so robust gelautet haben, daß er abgeändert werden mußte. Dey empfahl den Delegierten die Ablehnung des Antrages. Bei der Abstimmung wurde trotzdem der Antrag mit großer Mehrheit angenommen. Vom Vorstandstisch wurde gegen diese Maßnahme lebhaft protestiert, weil man dadurch die Beamten aus der Partei vertreiben würde. Als der Parteivorstand hynisch erklären ließ, daß trotz der Annahme der Antrag unausführbar sei, entstand ein minutenlanger ohrenbetäubender Lärm.

Die Delegierten schlugen mit den Fäusten auf die Tische und riefen laut durcheinander: „Schluß mit der ewigen Beamtenpolitik! Wir verlangen Arbeiterpolitik! Weg mit den Postenjägern! Ein Arbeiterdelegierter ruft in den Saal:

„Die Stimmung der arbeitenden Bevölkerung gegen diese unzulässige Beamtenpolitik steigt von Tag zu Tag. Eines Tages aber wird die Gebuld der Arbeiter zu Ende sein.“

Jawohl, eines Tages wird die Gebuld der Arbeiter zu Ende sein! Wir Kommunisten werden dazu beitragen, daß dieser Tag so bald als möglich kommt. Die SPD. steht in Hessen im Wahlkampf. Der Verlauf ihres Parteitages, der einen tiefen Einblick in das Leben dieser Sklavenpartei bot, wird so manchem Arbeiter die Augen öffnen. Keine Stimme dieser Partei der Korruption und der Panzerkreuzer! Schluß damit!

Zur englisch-amerikanischen Flottenverständigung

Die Verhandlungen Macdonalds mit Hoover sind zu Ende, die formale „Verständigung“ zwischen dem britischen und dem amerikanischen Imperialismus erreicht. Welcher Art sie ist, wird schon heute aus den Kommentaren zum Abschluß der Besprechungen klar: Bei den Besprechungen wurde sehr wenig über die noch ausstehenden technischen Fragen (die der einberufenen „Abstufungs“-Konferenz vorbehalten bleiben sollen), um so mehr aber über die allgemeine Gestaltung des englisch-amerikanischen Verhältnisses gesprochen. „Daily Telegraph“ ist der Meinung, daß hinter den allgemeinen Friedensserklärungen Macdonalds und Hoovers „sehr bestimmte Pläne für eine englisch-amerikanische Zusammenarbeit“ verborgen seien. Noch deutlicher wird der Bericht des „Berliner Tageblattes“, wonach sich Amerika zuerst gegen eine Ergänzung des Abstufungsplanes durch einen „gemeinsamen Aktionsplan der beiden Flotten“ gestraubt, dann aber „im Interesse der Verständigung“ ausgetastet habe.

Eine gewisse Bestätigung dieser Kommentare bildet die Meldung, wonach Macdonald vor seiner Abreise die Schleifung der britischen Flottenstützpunkte auf den der amerikanischen Diktate vorgelagerten Inseln befehlen und so die erfolgte Verständigung über die künftige maritime Zusammenarbeit bekräftigen werde.

Deutlich genug ist das, was sich hier abspielt, von einer wirklichen Ueberbrückung des englisch-amerikanischen Gegensatzes, der an allen Ecken der Welt bei allen möglichen „Meinen“ Fragen immer wieder jutage tritt, kann natürlich nicht die Rede sein — und das zeitweilige Kompromiß hat selbst mit einer Verständigung unter den imperialistischen Mächten sehr wenig zu tun. Schon protestiert die französische Presse in den wildesten Tönen gegen das Abkommen, und Frankreich wie Italien kündigen den scharfsten Widerstand gegen die von den großen Seemächten geforderte Abschaffung der U-Boote an (wobei sie auf die japanische Unterflügung rechnen können, falls die japanischen Wünsche in bezug auf die Stärke seiner Schlachtflotte nicht erfüllt werden). Wenn die Imperialisten vom „Frieden“ schwärzen, dann denken sie daran, ihre Aussichten im kommenden imperialistischen Kriege möglichst günstig zu gestalten. Aber der Kern ihrer „Verständigung“, die Kraft, die solche zeitweisen und teilweisen Verständigungen überhaupt erst ermöglicht, das ist der unüberbrückbare Gegensatz, gegen den „künftigen Friedensförderer“, den unveröhnlichen Feind der „patriarchalischen Aufsicht“ der Imperialisten (die nicht so genannt werden wollen) über die Welt, gegen die Sowjetunion

Rüstet zum Kampf in der Schuhindustrie! Was sind Rohrleger?

Der Zusatzvertrag zum Reichstarifvertrag der Schuhindustrie, in dem die Löhne festgelegt sind, und der in der ersten Drucksache einen Spitzenlohn von 87 Pfg. vorsah, ist mit Wirkung zum 31. Oktober um 1. Oktober gekündigt worden.

Der Zusatzvertrag war auf ein halbes Jahr abgeschlossen worden. Schon im Herbst des vorigen Jahres verlangte die Opposition angeführt von Simon die Kündigung dieses Vertrages. Simon lehnte ab. Und immer, wenn die Schuharbeiter zur Frage ihres Lohnes Stellung nahmen und die Kündigung des Zusatzvertrages forderten, erklärte Simon, daß die schlechte Wirtschaftslage der Schuhindustrie die Kündigung nicht zulasse. Nun, wir haben schon bei öfteren die schlechte Wirtschaftslage behandelt und aufgezeigt, daß sie nur ein Vorwand ist, die Löhne niedrig zu halten. Daß tatsächlich die deutsche Schuhindustrie weit über der der Vorkriegszeit hinaus ist, daß aber die rücksichtslos auf den Schultern der Arbeiter durchgeführte Nationalisierung und das Fixlohnsystem immer mehr Arbeiter aus dem Produktionsprozeß ausschaltet.

Alle Lohnforderungen der Opposition fielen in Nürnberg unter den Tisch. Der Vorsitzende des Verbandes und sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter erklärte sogar im Reichstag, daß unter seiner Führung ja die Schuhmacher schon seit nahezu zwei Jahren keine Lohnsteigerung mehr erhalten hätten. Und die Schuhindustriellen waren zufrieden.

Angesichts dieses Verhaltens der Bürokratie ging die Opposition dazu über, durch gewalttätige Lohnbewegungen die eigenen Löhne der Schuharbeiter zu verbessern. In Süd- und Mitteldeutschland traten die Arbeiter in den Kampf. Die Unternehmer, ermutigt durch die Politik der Reformisten, gingen zu einem Angriff auf die schon hundsmiserablen Löhne der Schuharbeiter über, beschloßen überall die Arbeitsplätze abzubauen. Die Arbeiter setzten sich dagegen zur Wehr.

Auf allen Gebieten verschärfen sich die Klassengegenätze. Die revolutionäre Opposition tritt als Führerin der Arbeiterschaft in den Wirtschaftskämpfen auf. Die Bewegung steigt, und — es stehen am 17. November die Kommunalwahlen vor der Tür. In dieser Situation übrigt Simon in Gemeinschaft mit den anderen Arbeitnehmersorganisationen den Gelben und den Christen, den Lohnstarif. Das Manöver ist ja durchsichtig. Im vorigen Jahre standen im April die Reichstagswahlen vor der Tür. Doch das moralisch scheinende Auftreten Simons vor den Wahlen wird ihm nichts nützen, die Arbeiter werden am 17. November wissen, was sie zu tun haben und nur den Kommunisten ihre Stimme geben.

Wir erinnern daran, daß der Manteltarif, in dem die Ferien, die Ortsklasseneinteilung, die Arbeitszeit usw. beinhaltet sind, von Simon auf zwei Jahre, also bis zum Jahre 1930 abgeschlossen wurde und Simon durch den langfristigen Tarifabschluß den Arbeitern die Möglichkeit zur Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen durch Kampf nahm.

Interessant ist das Reagieren der Schuhfabrikanten auf die Kündigung des Vertrages. Als im Februar d. J. die Berliner Funktionäre ihre Forderungen formulierten, fehlte in der „Schuhfabrikantenzeitung“ ein großes Geschrei ein. „Wir haben unseren Flügen nicht getraut, als wir die Meldung (von der Forderung) gelesen haben —“, diese Lohnforderung wird nicht nur maßloses Erläutern, sie wird auch den allererschaffensten Widerstand finden“, in diesem Ton beschäftigte sich die Nummer 15 mit der berechtigten Forderung der Berliner Funktionäre. Auch der Appell an Simon fehlte nicht. Es hieß da:

„Wir möchten deshalb die Hoffnung hegen, daß in leitenden Kreisen der Gewerkschaften sozial Einsicht vorhanden ist, daß sie ihrerseits mit Erfolg bemüht sein werden, diese nicht zu recht fertige Lohnforderung hinfanzuhalten, um den Arbeitsfrieden zu wahren.“

Simon verstand diesen Wink, er ließ die Forderung der Arbeiter unter den Tisch fallen. Und jetzt?

Die Schuhindustriellen wissen, wer jetzt die Forderung stellt, sie wissen, daß „Simon nie den Arbeitsfrieden stören wird“. Sie bleiben sehr ruhig. Sie kennen ihre Pappentelmer, Simon wird mit sich leben lassen. Sie bringen in der Nummer 79 der erwähnten Zeitung kommentarlos nur die „Forderung der Gewerkschaften“, zitieren den Brief Simons und sagen kein Wort dazu. In der nächsten Nummer (80) berufen sie eine Hauptauschussung des Reichsverbandes zum 17. Oktober nach Berlin ein, wo unter Punkt 6 die „Lohnforderung der Gewerkschaften“ behandelt werden soll.

Die Schuharbeiter müssen die Augen offenhalten. Kein Schacher am Verhandlungstisch, sondern restlose Durchsetzung der Forderung durch den Kampf. In allen Betrieben müssen jetzt sofort in Betriebsverhandlungen Kampflösungen gewählt werden zur Vorbereitung des Kampfes! Beschloßt die Mäntel der Reformisten auf Rückhalt, kämpft unter der Führung der revolutionären Opposition um die restlose Durchsetzung eurer Forderungen!

Der Kampf um den Betriebsrat auf der Karften-Zentrumgrube

Die Erregung der Belegschaft über die Haltung der Verwaltung und der von ihr diktiert geschickten freigestellten Betriebsräte wird immer größer. Besonders empört waren die Kumpels, als sie sehen mußten, wie der freigestellte reformistische Betriebsrat sich auf der Grubenanlage betrunken herumtrieb und die Arbeiterinnen belästigte. Die Verwaltung macht beide Augen zu. Einen oppositionellen Betriebsrat wollte man fruchtlos entlassen,

well er angeblich zehn Minuten vorzeitig Schicht gemacht hatte. Die Goldentaten des Diebsteins steht die Verwaltung natürlich nicht. Kumpels, fordert einmütig die Neuwahl des Betriebsrates. Nur oppositionelle Betriebsräte können eure Interessenvertreter sein.

Die am 8. September von den oppositionellen Betriebsräten einberufene Protestversammlung hatte die Glodschl, Symny und Basner völlig aus dem Häuschen gebracht. Da die Belegschaftsversammlung sich einstimmig gegen diese Leute ausgesprochen hatte, ließen sie sofort zu einem Rechtsanwalt und veranlaßten eine Verleumdungsklage gegen Schweda und Respondez zu erheben. Die Kosten soll die Arbeiterschaft tragen, so hat es der Vorstand der Betriebsklasse beschlossen. Die angestrebte Klage ist ein Versuch, die oppositionellen Betriebsräte einzuschüchtern und sie von einem weiteren Vorgehen abzuhalten. Nun, die oppositionellen Kollegen lassen sich nicht einschüchtern.



Neuer Baustil

Das vorige Woche dem Verkehr übergebene neue Rathaus in Rützingen-Wilhelms haben, erbaut nach dem Entwurf des Hamburger Architekten Fritz Hoeger. Der Turm ist gleichzeitig Wasserturm.

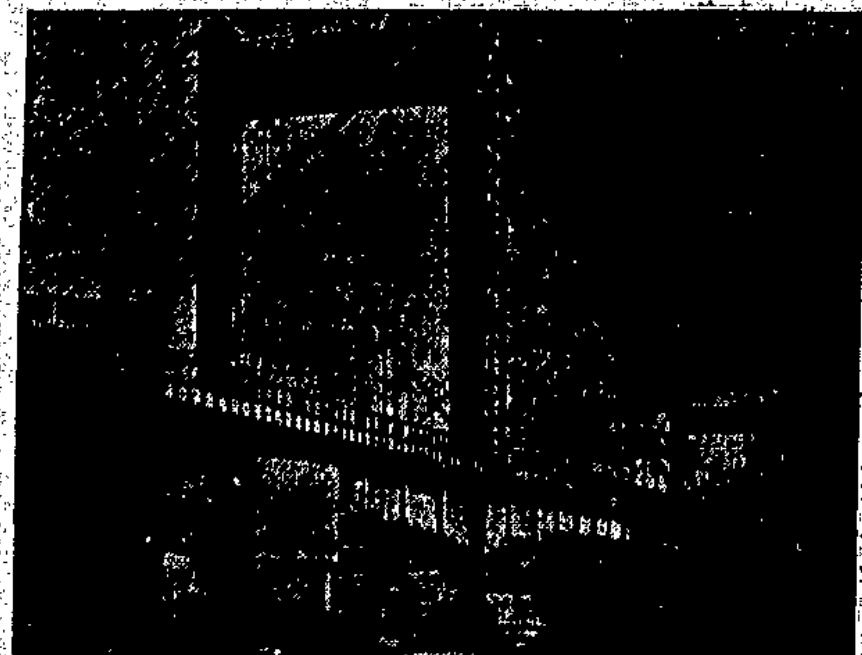
In Berlin kreisen die Rohrleger und Keller. Sie müssen von allen Arbeitern in Deutschland unterstützt werden. Aber nicht überall weiß man, was Rohrleger sind; sie werden in verschiedenen Teilen Deutschlands anders genannt.

Rohrleger sind

Heizungsmonteur, Installateur, Fliesen-, Mechaniker usw.

Es gilt, Zuzug solcher Arbeiterkategorien der Metallindustrie nach Berlin fernzuhalten. Es gilt, mit verstärktem Eifer für die kämpfenden Berliner Rohrleger zu sammeln.

Hebt proletarische Solidarität!



Die neue Rheinbrücke zwischen Köln und Mülheim, die am 18. Oktober eingeweiht wurde.

Arbeitersport

Breslauer Fußballserienspiele für den 20. Oktober

- 15,00: 1921 I — Kobornitz I, Bebelpark, Keller.
- 15,00: Vorwärts I — Falke I, Stadion, Kreisbmer.
- 15,00: Dömitz I — VfB. I, Dömitz, Scholz R.
- 10,00: Dömitz II — VfB. II, Dömitz, Kunoß.
- 10,00: Südost IV — Sportfreunde III, Klettendorf, Muraß.
- 10,00: Einigkeit III — Sturm III, Mochbern, Maljahn.
- 10,00: Stern III — Sparta III, Gräbichen, Grindel D.
- 13,00: Sportfreunde I — Rapid I, Jantholwiese, Salastomiz.
- 14,00: Trebnitz 1. Jgd. — Südost 1. Jgd., Trebnitz, Schwarz.
- 10,00: VfL 1. Jgd. — West 1. Jgd., Gombau, Stache.
- 10,00: 1928 1. Jgd. — Silesia 1. Jgd., Gombau, Blum.
- 9,00: Südost 2. Jgd. — VfL 2. Jgd., Klettendorf, Sauer W.
- 10,00: Union 2. Jgd. — West 2. Jgd., Deutsch-Lissa, Szymid.

Gesellschaftsspiele für den 20. Oktober:

- 13,15: Dömitz 1. Jgd. — Bratislawa 1. Jgd., Dömitz, Jlobinsti. R.
- 10,00: Fr. Sportfreunde IV — Sil-Riders III, Jantholw., Stad.
- 12,00: Strehlen 1. Jgd. — FSB. 1. Jgd., Strehlen, Gwald.
- 13,00: Strehlen II — FSB. II, Strehlen, Knobloch.
- 15,00: Strehlen I — FSB. I, Strehlen, Knobloch.
- 13,30: 1921 II — Stern II, Bebelpark, Haller.
- 15,00: Stern 1. Jgd. — Sturm 1. Jgd., Gräbichen, Großer.
- 14,00: Stern 2. Jgd. — Sturm 2. Jgd., Gräbichen, Großer.
- 10,00: Stern 1. Schüler — Wader 1. Schüler, Gräbichen, Verein.
- 15,30: Silesia-Riders I — Pertha I, Stadion, Kronig.
- 13,30: Silesia-Riders II — Pertha II, Stadion, Bunte.
- 9,00: Einigkeit 1. Jgd. — Wader 1. Jgd., Mochbern, Ritter P.
- 10,00: Bratislawa II — Vorwärts II, Gräbichwiese, Mende.
- 10,00: VfL 1. Jgd. — Südost 2. Jgd., Herrmannsdorf, Hampel.
- 10,00: West III — Wader III, Eichenpark, Schlott Jr.
- 13,00: Wader I — VfL I, Gräbichwiese, Janzle.
- 15,00: Wader II — VfL II, Gräbichwiese, Springer.
- 10,00: Wader 2. Jgd. — 1928 2. Jgd., Gräbichwiese, Spiller.
- 9,00: Südost 1. Jgd. — Sparta 1. Jgd., Klettendorf, Rajewerf.
- 13,30: Südost II — Sparta II, Klettendorf, Wrich Jr.
- 14,30: Südost I — Sparta I, Klettendorf, Hunger.

Breslauer Handballserienspiele für den 20. Oktober

- Männer A-Klasse:
- 9,10: 1928 — Poseidon, Stadion, Uhr.
- 10,15: 2. Abt. — 1897, Helmutwiese, Schmalich R.
- 16,00: 7. Abt. — 6. Abt., Eichenpark, Ufermitte.
- 15,45: Nordost — Mochbern, Dömitz, Kaluza R.
- 15,30: 5. Abt. — 1. Abt., Dömitz, Kiebel.
- 15,45: 4. Abt. — 1925, Lohewiese, Striezel.
- Männer B-Klasse:
- 9,00: Poseidon — 8. Abt., Stadion, Nowarre.
- 10,00: 1925 — 1. Abt., Dömitz, Bergander.
- 10,15: 7. Abt. — Stabelwitz, Eichenpark, Koch.
- 10,15: 5. Abt. — Deutsch-Lissa, Dömitz, Jlaschla.
- 9,00: Silesia-Riders — Mochbern, Stadion, Pichol.
- 10,15: Nordost — Gombau, Dömitz, Wafte.

- 10,30: 4. Abt. — 1925, Lohewiese, Gubrich II.
- 14,45: 7. Abt. — 6. Abt., Eichenpark, Lorenz.
- Männer C-Klasse:
- 8,00: 1897 — Tennis-Abt., Lohewiese, Müller.
- 8,00: 1928 — Silesia, Stadion, Bassalg.
- 14,00: Stern — Südost, Sternplatz, Scholz.
- Jugend A-Klasse:
- 9,00: 2. Abt. — 1. Abt., Helmutwiese, Jalle.
- 9,00: 7. Abt. — 8. Abt., Eichenpark, Vatschid.
- 9,15: 1897 — Poseidon, Lohewiese, Baum.
- 13,30: 4. Abt. — Neukirch, Lohewiese, Worbä.
- 13,30: 7. Abt. — Gombau, Eichenpark, Seppert.
- 14,00: Nordost — Mochbern, Dömitz, Koch.
- Jugend B-Klasse:
- 9,00: 5. Abt. — Silesia, Dömitz, Kömer.
- 10,00: 6. Abt. — Deutsch-Lissa, Ufermitte, Simon.
- Sportlerinnen:
- 10,15: Silesia-Riders — 1921, Stadion, Genärfch.
- 14,30: 3. Abt. — Freiheit, Dömitz, Fichtner.
- 15,00: West — 4. Abt., Eichenpark, Frenzel.
- 15,30: Einigkeit — VfL, Groß-Mochbern, Schmauch.
- 14,45: 2. Abt. — Südost, Lohewiese, Hempel.
- 15,00: Deutsch-Lissa — FSB., Bebelpark, Gradowitz.
- 15,30: Dömitz — Tennis, Dömitz-Dorf, Surrauf.

Jirlau. Als Abschluß der diesjährigen Spielsaison anstaltet der VfB. „Stern“ am Sonntag, dem 20. Oktober, einen großen Fußballwettkampftag. Zur Vervollständigung beselben wird auch ein Handballspiel der Freien Turner Freiburg gegen Freie Turner Striegau steigen. Für Stern I ist keine geringere Mannschaft als die erste Elf der Fußballabteilung „West“ der Freien Turnerschaft Breslau verpflichtet. Der „West“-Mannschaft geht der denkbar beste Ruf in bezug auf gutes Können und Spielfärke voraus. Sie war es, die vor kurzer Zeit in Breslau gegen Döbern, den Gegner im Schlußspiel um den Bundesmeister, ein gutes 3:3-Resultat erzielte. Auch Stern I kann bei etwas gutem Willen achtbare Erfolge gegen spielfärke Gegner erzielen, und so soll das Spiel Stern I — West I der größte Glanz des Tages sein. — Weiter ist der VfB. Konradswaldau mit drei Mannschaften nach hier verpflichtet. Stern Jugend und 2. Elf spielen gegen die gleichwertigen Konradswaldau. Gegen Konradswaldau I wird eine Mannschaft aus dem 4. Bezirk antreten. Dieses Spiel dürfte ebenfalls von großem Interesse sein, da VfB. I-Konradswaldau auch keinen Gegner zu fürchten braucht. Als fünftes Fußballspiel wird voraussichtlich Stern Schüler gegen VfB. Freiburg Schüler am Vormittag steigen. In Verbindung mit der Tagesveranstaltung steigt das um 19 Uhr im „Weiß-Bär“ stattfindende Herbstvergügen. An alle Brudervereine bzw. Organisationen, an die gesamte Arbeiterschaft ergeht der Ruf, uns an diesem Tage nach Kräften zu unterstützen und bei den Veranstaltungen zahlreich zu erscheinen. — Resultate vom Sonntag: Stern Jugend gegen Eiche Jugend 3:2. Stern II gegen Sparta II 0:3. Stern I gegen Eiche I Nieder-Salzbrunn 7:5.

Vereinigte Theater

Lobe-Theater Von Sonnabend, d. 12. Oktob. bis Freitag, d. 18. Oktober täglich 20.15 Uhr Gerechtigkeit I. Holubek Sonnabend, d. 19. Oktober 20.15 Uhr Herausführung! „Marins“ Komödi. v. Marcel Pagnol (deutsche Bearbeitung von Bruno Krant)	Thalia-Theater Von Sonnabend, 12. Oktob. bis Freitag, den 18. Oktob. täglich 20.15 Uhr Was ihr wollt Lustspiel v. W. Shakespear Rusil von Engelbert Humperdin Sonnabend d. 19. Oktober 20.15 Uhr Herausführung! „Die Bekehrung des Ferdinand Pistora“ Komödie von Franzl Kanger, deutsch von Otto F. d.
--	---

Schauspielhaus
Operntheater
Tel. 3633
Tage 8 Uhr
Nacht 10 Uhr
Abendvorstellung
der großen
Revue
Ne verlor die Liebe
mit 4. Vorführung
3 Fratellini 3
No Mars zweier Welt.
Morgen Mittwoch d. 18.
nachm. 4 Uhr
Rotkäppchen
mit der Welt
Abende 8 Uhr
Friederike

Stadttheater Breslau
(Opernhaus)
Spielplan vom 12. bis 20. Oktober 1929
Dienstag, 20 Uhr
Abonnement-Vorstellung Serie A 4
Salome
Mittwoch, 20 Uhr
Abonnement-Vorstellung Serie B 4
Der Freischütz
Möbel gegen bar u. auf
Teilzahlung
zu nie rigsten Preisen bei
R. Herzog
Möbelhaus und Sargmagazin
Gottesberg
Fürstensteiner Str., Fernr. 67

1 Tourneed m. prim. Freilaut
Mk. 30. —
Glocke mit Sowjetstern
Kusseri preiswert
Eximius, Reuschstr. 28
Möbel
Viel Geld sparen Sie, wenn Sie
unsere eigenen
Eiche-Sperrholz-Salzzimmer
fabelhaft billig, mit Garantie, Kristall-
Außen oder -Innenspiegel, in Größen
von 1'0 cm M. 650.—, 160 cm M.
575.—, 150 cm 540.—, 140 cm M.
525.— an kaufen. Ganz neuzeitlich-
Speisezimmer und Küchen
sehr billig. Viele Anerkennungen
Auf Wunsch Teilzahlung
Hirschmann

Amtliche Bekanntmachung
von Weißstein
Die Auszahlung der Sozial- u. Kleinrentner-Unterstützung findet für die Stammgemeinde Weißstein sowie für den Ortsteil Neu-Salzbrunn am Dienstag, dem 15. Oktober 1929, nachm. von 8—5 Uhr, in der Gemeindehauptkassette, und für den Ortsteil Konradswaldau am Donnerstag, dem 17. Oktober 1929, von 12—1 Uhr im Gasth. „Zum Goldenen Frießen“ statt. Weißstein den 12. Oktober 1929
Der Gemeindevorsteher
Bertwig

Deine Einkäufe
mache bei Inserenten dieser Zeitung
Die anderen wollen dein Geld nicht!

Möbel gegen bar u. auf
Teilzahlung
zu nie rigsten Preisen bei
R. Herzog
Möbelhaus und Sargmagazin
Gottesberg
Fürstensteiner Str., Fernr. 67

Möbel
Viel Geld sparen Sie, wenn Sie
unsere eigenen
Eiche-Sperrholz-Salzzimmer
fabelhaft billig, mit Garantie, Kristall-
Außen oder -Innenspiegel, in Größen
von 1'0 cm M. 650.—, 160 cm M.
575.—, 150 cm 540.—, 140 cm M.
525.— an kaufen. Ganz neuzeitlich-
Speisezimmer und Küchen
sehr billig. Viele Anerkennungen
Auf Wunsch Teilzahlung
Hirschmann

Aug. Maiwald & Söhne
Möbelmagazin

Breslau

Neuaufgabe des Zeppelin-Rummels

Die „Schlesische Zeitung“, das Blatt der Unheilbaren, meldet heute: Wie wir vom Luftschiffbau Zeppelin erfahren, wird das Luftschiff „Graf Zeppelin“ am Dienstagabend 8 Uhr zur Balkan- und Schiffsfahrt starten. Nach der bisher bekanntgewordenen Fahrtrasse dürften auf dem Fluge folgende Orte überflogen werden: Friedrichshafen, München, Trostberg, Wien, Preßburg, Ofenpest, Szegedin, Belgrad, Nisch, Sofia, Plewna, Bukarest, Kronstadt, Hermannstadt, Temeswar, Szegedin, Ofenpest, Brünn, Ratibor. Von hier aus nimmt das Luftschiff sofort Kurs nach Breslau, wo eine Zwischenlandung vorgesehen ist. Dort werden auch die Passagiere gewechselt. (Die Abfahrt von Breslau so Anachmittags 8 Uhr erfolgen.)

„Bollswacht“-Alteu

Unseren Artikel in der Sonnabendnummer über die Hochverratsverfahren gegen die „Arbeiter-Zeitung“ hat die „Bollswacht“ zum Anlaß genommen, den Genossen Dombrowski aus neue zu infamieren. Obwohl sie ihm „im Grunde vollen Charakter beilegt“, unterstellt sie ihm einige Sätze vorher, daß er nur aus Ehrgeiz des Brotwerbs in Ermangelung anderer geeigneter Stellung kommunistischer Redakteur ist. Eine solche Redlichkeit wäre doch! Doch die Spitze des Artikels „Schweres Brot“ erklärt alles. Es geht über das Fassungsvermögen des Herrn Dars, zu begreifen, daß ein kommunistischer Funktionär seiner politischen Überzeugung und nicht des Brotes wegen täglich mit einem Fuß im Gefängnis steht. Da ist der Oberrechnungswart in der Einschätzung seines politischen Gegners doch nicht so schief als Herr Dars. Er hat in seiner umfangreichen Anlagenschrift anerkannt, daß die „Verbrechen“ unseres Genossen die Konsequenz seiner seit 22 Jahren betätigten politischen Überzeugung sind. Der „Sozialist“ Dars dagegen wertet „Diskussion des Proletariats“ sowie den Aufruf zum Kampf gegen die Mörder am 1. Mai als „unverantwortliche Phrasen“ und eine „unwürdige Sache“, für die es nicht leicht ist, ins Gefängnis zu gehen.

Nun, Herr Dars mag die Sorge dafür ruhig unserem Genossen überlassen, der für alle inkriminierten Artikel die Verantwortung übernimmt und am 8. Dezember die Rolle des Angeklagten mit der des Anklägers vertauschen wird. Was die Wägen der Infamierung dienenden Anzuspaltungen des Herrn Dars anbelangen, so haben wir die Legende von der „flehtlichen Bitte“ wiederholt — zuletzt in unserer Freitagnummer — gekennzeichnet.

Das wird die „Bollswacht“ nicht daran hindern, immer aufs neue den alten Schwindel aufzuwärmen. Denn der politische Zweck dieser Wache ist die Nichtrehabilitierung der kommunistischen Partei. Das geht aus den Schlusssätzen, in denen der Kampf gegen die Schandjustiz und die Befreiung der politischen proletarischen Gefangenen versucht wird als „Vetelgewinn“ verächtlich zu machen, klar hervor.

Ebenso erlogen ist die Behauptung, daß Genosse Dombrowski nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis in seinem früheren Beruf Arbeit gesucht und keine Nahrung gefunden hat. Wahr ist, daß er niemals seinen Austritt erklärt hat, ununterbrochen der KPD seit 1920 angehört und einen Tag nach seiner endgültigen Gefängnisentlassung im Januar 1925 seine Tätigkeit in der „Arbeiter-Zeitung“ wieder aufgenommen hat.

Information gehört zum SPD-Gewerkschweres Brot? Bezüglich sozialdemokratischer Schreiberhandwerk. Schweres Brot? Gewiß nicht. Herr Dars ist seit 14 Jahren nicht durch Gefängnisstrafen bedroht, denn die kapitalistische Republik braucht ihre Goldarbeiter und ihre Stützen. Sein Brot ist das Brot gesicherter Existenz und begablicher Spießbürgerlichkeit, das Brot der Abhängigkeit von der Bourgeoisie und ihrer Regierung. Ein trauriges Brot!

Flagg' Flagg' hurra!

Die Stadtverordnetenversammlung hält am Donnerstag, dem 17. Oktober, wiederum eine Sitzung ab. Die in der letzten Sitzung bei weitem nicht aufgearbeitete Tagesordnung erfährt eine Verlangsamung um folgende sechs Vorlagen: Abstandsnahme von der Einführung einer Wohnungssteuerordnung, Umgestaltung des Kassaplatzes für 4878 Mark, Beschaffung von 7 Jahren ein für das Flaggende der städtischen Gebäude und Diensträume für 6000 Mark (11), Fertigstellung der Kantstraße westlich und südlich des Lehmgärtners Friedhofes als Anliegerstraße, Zuschuß für die Gewerkeförderungsanstalt von jährlich 6000 Mark, Restlostenbestimmungen für Herrmannsdorf.

Stadtteil West

Au alle Mitglieder der Partei, des Jugendverbandes, der Roten Arbeiterwehr, der Roten Hilfe, des Roten Frauen- und Mädchen-Bundes!

Genossen, Genossinnen! Die Situation ist ernst. Der Faschismus aller Schattierungen wird immer frecher. Der Stahlhelm zieht durch West und die Polizei geht gegen demonstrierende Arbeiter mit dem Karabiner vor. Genossen, heraus zur Arbeit! Die Konterrevolution leitet den Kampf ein. An alle Mitglieder der revolutionären Organisationen werden in den nächsten Wochen große Anforderungen gestellt, die noch größere Aktivität jedes einzelnen erfordern. Mittwoch, 19.30 Uhr, findet eine kombinierte Mitglieder- und Parteiverammlung aller oben genannten Organisationen im Pöple-Ausschank Langeasse 62 statt, zu der alle Mitglieder erscheinen müssen. Sonntag fahren wir alle aufs Land. Fahrpreis 50 Pf. Restlose Beteiligung notwendig. Eintragungsliste liegt im „Anglerheim“ aus.

Gewerbetreibende!

Oeffentliche Versammlung aller Geschäftsinhaber vor dem Ohlauer Tor am Mittwoch, um 20 Uhr, im Lokal von Zuhli, Röniggräber Straße 10. Thema: „Warum gehen die Kleingewerbetreibenden zugrunde?“

Frauenversammlung im Ohlauer Tor

Oeffentliche Frauenversammlung am Donnerstag, um 20 Uhr, bei Zuhli, Röniggräber Straße 10. Alle Frauen sind herzlich eingeladen. Thema: „Steigende Preise, wachsende Not.“ Anschließend Lichtbildvortrag über: „Die Frau im neuen Ausland.“

Die Straßenbahn rationalisiert

250 Arbeiter liegen aufs Pflaster

(Arbeiterkorrespondenz)

Wie üblich, tritt auch dieses Jahr am 1. November der Wintersfahrplan in Kraft. Mit ihm verbunden ist eine ungeheure Einschränkung, die allerhand Personal auf die Straße schmeißt. Der Direktor Kellner, ein überaus tüchtiger Mann, versteht sehr gut — auf Kosten und Knochen der Arbeiter natürlich — Sparmaßnahmen durchzuführen. Die Linie Kumbahn 27/28 verkehrt ab 1. November nur noch bis Viktoriastraße und wird um vier Wagen eingeschränkt. Die Strecke Höfchenstraße—Hohenzollernstraße—Kochspräsidentenplatz wird stillgestellt. Einige Linien sollen ganz eingestellt werden, und andere wieder zum Teil nur mit Triebwagen ohne Anhänger verkehren. Das bedeutet einen Personalüberschuß von 200 Mann, die restlos entlassen werden sollen. Infolge dieser Einschränkung ist ebenfalls Werkstattpersonal übrig, und wie ich bereits gehört habe, hat man schon 50 Mann gekündigt. Was soll das heißen? Obwohl gar keine Veranlassung besteht, irgendwelche Sparmaßnahmen gerade in diesem Jahre durchzuführen, geht man in einem städtischen Betriebe dazu über, 250 Mann aufs Straßenpflaster zu werfen, während der im Betrieb stehende Teil noch mehr ausgedeutet werden soll. Schon jetzt kommt es vor, daß man nicht weiß, wenn man die Kochspräsidentenstraße verkehren soll.

Ein Direktor Kellner, der ein Jahresgehalt von Tausenden von Mark hat, der allerdings macht sich keine Vorstellung von dem, was mit den entlassenen Straßenbahnern geschieht. Wobgleich man mit solchen Sparmaßnahmen ein paar Masken austopfen, die die Buro-Plette in den Geldbeutel eingerissen hat. Die städtischen Arbeiter werden diesen Herrschaften am 17. November die gebührende Antwort erteilen.

Der „Musterbahnhof“ Weidenburger Straße

Vom Fahrpersonal wird uns geschrieben: Im Bahnhof II Weidenburger Straße, wurde voriges Jahr ein Neubau errichtet, der als ein Musterbau mit sozialer Einrichtung geschildert wurde. Die mit weißen Fliesen ausgelegten Waberräume sind schon mindestens

dreifachmal unter der Leitung des Herrn Direktors Kellner und des Oberstadtbauamteilers Fried besichtigt worden. Man brüstete sich, was hier für die Arbeiter und Angehörigen geschaffen wurde. Selbst an der Tür steht in großer Schrift: „In den Waberräumen.“ Wie sieht nun diese Wohlfahrtsanrichtung in Wirklichkeit aus.

Zum Baden wurden drei Tage festgelegt, und zwar Donnerstag, Freitag und Sonnabend bis 18 Uhr. Der Personenkreis ist groß, deshalb ist es bis jetzt nur einem Teil möglich gewesen zu baden. Am wenigsten aber können wir vom Fahrpersonal davon Gebrauch machen, da wir doch nur in unserer dienstfreien Zeit baden können. Wir glauben nun immer noch, daß die Verwaltung die Badezeit weiter ausdehnen wird, damit auch jeder baden kann. Aber was sehen wir da. Auf der Bekanntmachungstafel prangt folgender Aushang:

Die Badepreise werden für Familienangehörige wie folgt festgelegt: Ein Brausebad 20 Pfennig, eine Wanne 50 Pfennig. Badezeit bis 14 Uhr. Außerhalb der Badezeit wird kein Bad verabsolgt. — Verwaltung der städtischen Straßenbahn.

Nun hat man, obwohl die Badetage, wie schon erwähnt, nicht ausreichen, sie noch seit vergangener Woche geliegt. So fällt z. B. der Donnerstag ganz weg und an zwei Tagen sind je vier Stunden geliegt worden. Wenn die Verwaltung denkt, daß die Waberräume mehr zur Ansicht sind, dann wäre es doch besser gewesen, man hätte sie nicht erst gebaut, und somit kein Geld hinaus geworfen. So sehen die vielgepriesenen Wohlfahrtsanrichtungen aus.

Regenschirm als Baubude

Bei der Firma Gansisch sen., Breslau-Carlswitz, sind seit Monaten bei der Eigenen Schule Kolonnenarbeiter beschäftigt. Heute noch sind es circa 50 Mann. Auf der ganzen Baustelle befindet sich nur eine einzige Bude als Aufenthaltsraum für 15 Mann, sowie nur eine Kellerrade. Die Obsteute sind des öfteren vorstellig geworden, aber stets ohne Erfolg. Kürzlich erklärte Herr Gansisch wohlwollend, er werde jedem einen Regenschirm schenken.

Der Hauspacha als Halsabwürger

125 Mark Monatsmiete für einen Kellerladen

Der 62 jährige Kaufmann Edmund B. ist bereits wegen Mietwucherers verurteilt. Dieser Tage stand er vor dem Erweiterten Schöffengericht unter der gleichen Anklage.

B. ist Besitzer der Häuser Lohestraße 45, 47 und 49. Im Hause Nr. 49 befinden sich zwei Läden, von denen der eine ein Kellerladen ist. Dieser Kellerladen hatte zuletzt einen monatlichen Mietvertrag von 49 Mark gebracht (die Friedensmiete betrug 37,50 Mark). Der Inhaber des Ladens verzog nach auswärts. B. fand einen neuen Mieter und setzte im Vertrage die Miete auf 51 Mark fest. Er ließ aber den Vertrag zurückholen und

änderte die Summe von 51 Mark in 125 Mark.

Unter diesen Umständen trat der Mieter vom Vertrage zurück. Von einem zweiten Mieter forderte B. wiederum 125 Mark. Auch hier kam das Mietverhältnis nicht zustande.

Es wurde Anzeige wegen Mietwucherers in zwei Fällen erstattet. Der gerichtliche Sachverständige hielt eine monatliche Miete von 80 Mark für das höchste, was für diesen Laden mit Zubehör gezahlt werden könnte. Der Staatsanwalt beantragte wegen Mietwucherers in zwei Fällen 400 Mark Geldstrafe. Das Gericht nahm eine fortgesetzte Handlung an und verurteilte B. zu nur 300 Mark Geldstrafe oder 30 Tagen Gefängnis.

Straßenunfälle. Auf der Kupfergasse niedere Straße Ecke Schuhrbrücke gestern gegen 11,40 Uhr ein Zusammenstoß zwischen einem Rollwagen und einem Krafttrab. Der Krafttrabfahrer erlitt hierbei einen Rippenbruch. — Gegen 17,50 Uhr wurde die Kontoristin Else Korobstein am Kassaplatz von einem Radfahrer umgefahren und verletzt. — Von einem Kraftwagen umgefahren wurde auf der Berliner Straße der Radfahrer Max Schiller. Er erlitt erhebliche Verletzungen.

Selbstmord. In einem Hotel auf der Leichstraße hat sich der Mechaniker F. R. aus Reiche durch Erhängen an der Türklinke das Leben genommen.

Aus Leichsinn verunglückt. Gestern gegen 18,45 Uhr hat sich auf der Straße nach Camallen die Ehefrau Lucie Kreischmer aus Camallen auf das Vorderteil des von ihrem Ehemann gesteuerten Pannoniags gelegt. Während der Fahrt fiel sie herunter und wurde überfahren.

Mittelschlesien

Eine Leiche aus dem bereits geschlossenen Sarge heraus beschlagnahmt

In Buchwald Kreis Bernstadt sollte am Sonntag die Beerdigung des Arbeiters Karl Leichter stattfinden. Der Arzt, der den Totenschein ausgestellt hatte, bemerkte als Todesursache Herzschlag. Verwandte aus Breslau veranlaßten das Öffnen des schon geschlossenen Sarges. Dabei machten sie die Feststellung, daß das Sterbefaß mit Blut durchtränkt war. Am Hintertopf des Toten befand sich eine größere Wunde. Weiter bemerkte man am Hals Strangulationsmerkmale. Die Verwandten setzten die Leiche in Kenntnis. Die Leiche wurde beschlagnahmt. Die Witwe und der Arzt sagten aus, sie hätten die Kopfverletzung nicht bemerkt. Leichter sei am Abend vor seinem Tode in angetrunkenem Zustande nach Hause gekommen. Ein Arbeiter, der ihn auf dem Nachhausewege begleitet hatte, erklärte, er habe von einer Wunde nichts gesehen. Die Ermittlungen sind noch im Gange.

Theater und Kino

Stadt-Theater. „Judith.“ Arthur Honegger, der Komponist dieser Oper, ist Schweizer von Geburt, seiner musikalischen Bildung gemäß aber Franzose; er ist in dieser Hinsicht sogar ein bedeutender Franzose, d. h. daß er alle Raffinesse moderner Orchestrierungskunst souverän beherrscht. Das ist der Eindruck, den die Oper dieses Meisters hinterläßt. Ob nun auf der Bühne Judith oder

Jung-Jegfried agieren, ist gleichgültig, denn der Komponist gestaltet sein Werk sinfonisch und ziemlich unabhängig vom Libretto. Das ist ihm so sehr verständlich, wenn man bedenkt, daß Honeggers Stärke das Oratorium ist (König David). Diesmal also war es Judith. Im Gegenjag zu Hebbels Drama wird der biblische Stoff, den die Befreiung Bethlehems aus der Belagerung durch Holofernes behandelt, ganz unpsychologisch verwertet. Der Komponist läßt sich dadurch viele Gelegenheiten zu dramatischer Gestaltung entgehen; dasjenige Geschehen verlangt förmlich das Eingehen aufjenige Details, aber der Musiker kennt nur sein Orchester, das in Wohlklang schwebt. Es bleibt ein Teufelwerk; die ganze Erschließung des Stoffes bleibt der Komponist schuldig. Das liegt daran, daß die Oper eine überlebte, erstarrte Kunstform ist und die Komponisten auf Stoffe zurückgehen, die gänzlich abwegig sind. Die Premiere am Sonnabend hat das zur Genüge bewiesen. Gleichzeitig aber auch, daß sich der Intendant Hartmann diesmal gründlich vergiffen hat, als er diese durchaus inobistische Sache herausgebracht hat. Was sich auf der zeitlos hergerichteten Bühne in stilistischem Durcheinander tummelt, scheint er gar nicht bemerkt zu haben. Der revuehafte Einsatz von Lichteffekten, die Bauhaus-Figurinen im trauten Verein mit netzlichen Ballettmädchen, die sich recht hilflos abradieren, scheint aus einer Verlegenheit herausgehoben zu sein. Beim „Machinist Hopkins“ glaubte man einen Weg zu sehen, den die Oper für uns heutigen hätte retten können; hier aber wird die Sache offenbar. Die Darsteller, Frau Leppschönfeld als Judith, Walter Barth als gewaltiger Holofernes, Fräulein Schulz, Herr Andra und Herr Heyer, ganz besonders aber der sichere Chor, konnten leider nur einen Achtungserfolg erkämpfen, den am Schluß der anwesende Komponist mit einem charmanten Lächeln entgegennahm. F.

Schauspielhaus. Heute Dienstag verabschiedet sich die Revue „Die verfluchte Liebe“ mit den drei Fratellini. Morgen Mittwoch 16 Uhr gelangt das Kindermärchen „Kottäppchen und der Wolf“ bei kleinen Preisen zur Aufführung. Um 2 Uhr Schauspiel Heinz Rogland vom Berliner Theater des Besten. Willy Thun als Goethe und Lotte Carolina als Friederike in Lehars „Friederike“.

Gewerkschaftshaus-Vorstellungen. Seit Wiederbeginn der Kinovorstellungen wurde sehr oft gefragt, wann unsere Kinder wieder mal an der Reihe sind. Diese Woche kommen unsere jüngsten Schüler zu ihrem Rechte. Das Programm ist den Kindern entsprechend zusammengestellt. Es ist lustige Unterhaltung und ernste Belehrung. Eine Expedition mit dem Auto durch das Morgenland ist der eine Film. Beliebte sind auch die Trickzeichnungen. Der Abschluß wird durch den humoristischen Sportfilm mit Buster Keaton gebildet. Dies Programm wird nicht nur unseren Kindern gefallen, sondern auch bei den Erwachsenen Begehr auslösen. Die Preise sind die üblichen. Die Vorstellungen sind Donnerstag und Freitag und alle Kinder können kommen.

DAS SO GESUNDE DR. SENFTNER-BROT

Warum so gesund?

Warum gerade dieses Brot?

Warum sollte es jedermann essen?

Oberschlesien

Die Erwerbslosendelegierten für die Organisierung des Reichstongresses der Gewerkschaftsopposition

Am Sonntag, dem 13. Oktober, fand in Hindenburg die Bezirkskonferenz der Erwerbslosendelegierten Oberschlesiens statt. Der Zweck der Konferenz war neben der Behandlung der Lage der Erwerbslosen und der Prüfung der Situation die Aussprache über den am 30. November und 1. Dezember stattfindenden Reichstongress der revolutionären Gewerkschaftsopposition.

Als Referentin für die Konferenz war die Genossin Klenke von der Reichsleitung der Sozialpolitischen Abteilung erschienen, die in ihren Ausführungen die Ursachen und Auswirkungen des neuen Raubgesetzes an den Erwerbslosen behandelte. Anschließend daran wies sie darauf hin, daß die Erwerbslosen bei ihrem Widerstand gegen die Unterdrückung und in dem Kampf um die Besserstellung ihrer Lebenshaltung das engste Bündnis mit den im Betrieb kämpfenden Arbeitern herstellen müssen, und daß sie deshalb an den Beratungen, die auf dem Reichstongress stattfinden, aktiven Anteil nehmen müssen.

In der Diskussion unterstrichen die einzelnen Redner die Ausführungen der Genossin Klenke, und die Konferenz beschloß, einen Delegierten für den Reichstongress zu entsenden.

Unter dem zweiten Punkt wurden vom Genossen Jendrosch die organisatorischen Fragen behandelt. Voraussetzung für den Kampf der Erwerbslosen ist ihre straffe Zusammenfassung, sowohl im Ort als auch im bezirklichen Maßstabe. Nur an einzelnen Orten sind bisher Erwerbslosenvertretungen gewählt worden. Es müssen deshalb schon in den nächsten Tagen Versammlungen abgehalten und Vertretungen gewählt werden, wobei dieselben durch Vertreter der Betriebe und der Jungarbeiter sowie Frauen erweitert werden. Wird ein Mitglied der Erwerbslosenvertretung vorübergehend zu einer Rotstandsarbeit vermittel, so bleibt er weiter Mitglied der Vertretung. Auf diese Weise wird vermieden, daß, wie im vergangenen Jahre, die örtliche Vertretung aufliegt. Hinsichtlich der Bezirksvertretung gelten dieselben Richtlinien. Die örtlichen sowie die bezirkliche Vertretung müssen gemeinsam mit den Auskunftsstellen

der „Arko“ die Betreuung der Erwerbslosen übernehmen. Ihre Finanzierung wird nach näherer Beratung der zu wählenden Bezirks-erwerbslosenvertretung noch besonders festgelegt.

Eine wichtige Frage ist die politische Auffklärung der Erwerbslosen durch ein geeignetes Organ. Bisher wurde diese Arbeit in der Weise geregelt, daß die „Arbeiter-Zeitung“ am Donnerstag durch eine besondere Beilage für die Erwerbslosen diese Frage behandelte. Von der Schaffung einer besonderen Zeitung für die Erwerbslosen könne man im Augenblick absehen, da sowohl politisch als auch technisch und finanziell die Voraussetzungen dafür nicht gegeben sind. Die Erhebungen, die bisher angestellt worden sind, haben ergeben, daß die Erwerbslosen besondere Wünsche nach einer besonderen Zeitung nicht geltend gemacht haben, da sie beim Abonnement der „Arbeiter-Zeitung“ vollstens politisch bedient werden. Eine im Monat Dezember vorzubereitende größere Konferenz soll zu dieser Angelegenheit endgültig Stellung nehmen.

In der anschließenden Diskussion brachten die einzelnen Vertreter zum Ausdruck, daß man in dieser geplanten künftigen Konferenz die Frage der Finanzierung der Erwerbslosenbewegung endgültig regeln müsse. Im übrigen bekräftigten die Diskussionsredner die gemachten Ausführungen.

Unter Punkt 3 wurde dann eine Bezirksvertretung der Erwerbslosen, bestehend aus 7 Personen, gewählt. Dieser Vertretung sollen je ein Vertreter des Betriebsräteausschusses, der Frauen und der Jugend beigeordnet werden. Außerdem soll dieser Ausschuß sobald als möglich zusammenzutreten, um einen genauen Arbeitsplan für die künftige Arbeit unter den Erwerbslosen aufzustellen. In erster Linie ist dabei zu berücksichtigen die sofort einzuleitende Kampagne für die Finanzierung der Delegierten zum Reichstongress.

Erwerbslose, also jetzt mit aller Kraft heran an die Arbeit. Keine Stempelstelle ohne Erwerbslosenausschluß, kein Ausschuß ohne Fühlung mit dem Bezirk und den Betrieben.

Gleiwitz

Die SPD. marschiert

Im Stadtteil Petersdorf fand am Sonntag eine öffentliche Versammlung der SPD. statt. Weit über 200 Werktätige, Männer und Frauen, erschienen in dieser Versammlung, in der Stadtverordneter Genosse Kucjora sprach. Klar und eindeutig konnte Genosse K. die Anwesenden davon überzeugen, daß nur die Kommunisten die Interessen der Werktätigen vertreten haben. An Hand von Beispielen zeigte er die arbeitserfreundliche Politik der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie auf. Aber auch die arbeitserfeindliche Rolle des Zentrums konnte Genosse Kucjora den Anwesenden sehr gut hinweisen. Im Verlaufe des Referats zog Genosse K. einen Vergleich mit Sowjetrußland. Dort schreibt die Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter ständig vorwärts und hier das Elend. Die Ausführungen klangen aus in den Appell an die Arbeiter, nicht nur am 17. November die Stimmen der SPD. zu geben, sondern Einreichung aller Massenbewegungen Arbeiter in die SPD. zum revolutionären Kampf für ein Sowjetdeutschland.

Als erster Erfolg dieser Versammlung konnten mehrere Bestellungen für die „Arbeiter-Zeitung“ gebucht werden.

Rülgerei bei den Freidenkern

A. R. Sonnabend tagte die Ortsgruppe Gleiwitz des Freidenkerverbandes. Typisch für die Verklumpung der SPD-Führung im Freidenkerverband war folgender Vorfall. Der Vorsitzende verliest ein Rundschreiben des Bezirksleiters Reich. Hierin janzelte Reich das freigelegte Parteiprogramm der Roten Trommler, die hier spielen sollten. Angeblich enthält es staatsgefährdende Stücke. Reich stabilisiert sich also als gelehriger Schüler von Rülz. Vom kleinen Jenor Reich über Jürgel und Seering eine einheitliche Linie des Sozialfaschismus. Arbeiter, und somit ist noch euer Führer?

Stützt die Reihen der Opposition, und jagt die Sozialfaschisten zum Teufel!

Bekommt die Oberwallstraße eine Auto- und Menschenfalle?

A. R. Eine Reformierung des Straßenbahnverkehrs in unserer Stadt wird nach Jahren endlich durchgeführt. Bereits vor der Kriegszeit hatte die Kleinbahn A. B. zugesagt, auf allen ihren Linien die Normalspur einzuführen. Nachdem bereits im Vorjahr außerhalb der Stadt dieses System durchgeführt war, hat nun die Umwandlung der Schmalspur in Normalspur in dem Stadtdistrikt begonnen. Diese Modernisierung wird allseitig begrüßt. Die zuständigen Stellen sollten aber bei der Durchführung der Umlegungsarbeiten auch darauf Bedacht sein, daß im Verkehrsinteresse auch alle Hindernisse beseitigt werden. So hat man auf der Bauhof- und Oberwallstraße den Straßenbau so durchgeführt, daß die Grünflächen und Blumenbeete für Verbreiterung von Fahrbahnen und Bürgersteig verwendet werden. Auf der Oberwallstraße liegt der Fall aber so, daß trotz alledem ein Verkehrsbehinderung geschaffen wird. Eingangs der Straße befindet sich ein Milchhäuschen, das früher einmündig ein Zierstück bildete. Dieses Häuschen steht bei der Straßenerweiterung auf solchem Posten. Bei der Lage wird es bestimmt nur eine Autofalle werden. Hier könnten die zuständigen Stellen gleich ganze Arbeit verrichten. Die Stadtverordnetenversammlung hat bekanntlich beschlossen, daß für Straßenbahn und Autobus eine Wartehalle errichtet werden soll. Da sich dort ein unschöner Fleck befindet, könnten Milchhäuschen und Wartehalle an die Häuserfront gerückt und unter Berücksichtigung des großen Verkehrs, der sich an dieser Straßenecke täglich abspielt, hier eine gemeinschaftliche Anlage geschaffen werden, die das Straßenbild verschönt. Hoffentlich gelangen diese Forderungen der Anwohner der Oberwallstraße, um den Bedürfnissen Rechnung zu tragen.

Fundfächer

Gefunden: ein Taschenmesser mit Futteral und eine Berginlanne (drei Liter) aus Weißblech; ein braunes ledernes Damenhandtäschchen; eine silberne Herrentaschenuhr. Zugelassen: ein gelber langhaariger Dadel ohne Hundemarke; eine Gans. Verloren gemeldet: ein Portemonnaie mit 100 Mark Inhalt. Näheres im Fundbüro, Polizeipräsidium Gleiwitz, Zimmer 64.

Gleiwitz hat 2939 Erwerbslose

Die Arbeitsmarktlage in Gleiwitz hat sich wieder verschlechtert. Während die Zahl der Unterstützungsempfänger in der letzten Zeit schwankte, setzte in dieser Berichtswoche das Ansteigen wieder ein. Der amtliche Bericht des Arbeitsmarktes besagt, daß beim Gleiwitzer Arbeitsamt 2939 (2659 männliche und 287 weibliche) Arbeitsuchende vorgemerkt sind, von denen 1199 (985 männliche und 214 weibliche) Personen die Arbeitslosenunterstützung und 318 (301 männliche und 17 weibliche) Personen die Arbeitslosenunterstützung erhalten. Die Zuschlagsunterstützung erhalten 1948 Familienangehörige. Ausgesteuert und dem Wohlfahrtsamt überwiesen wurden 17 Arbeitslose. Mit Rotstandsarbeiten beschäftigt sind 669 Personen. Vermittelt wurden 203 (155 männliche und 48 weibliche) Arbeitslose.

Beuthen

Die Erwerbslosen zur SPD.

A. R. Am Sonnabend fand hier eine gutbesuchte Versammlung der Erwerbslosen statt. Die Versammlung beschäftigte sich mit folgender Tagesordnung: 1. Die neue Reform des WZWB. und ihre Folgen. 2. Wer erhält Winterbeihilfe? 3. Wahlen. Als Referent erschien Kollege Walczuch (Gleiwitz). Das Referat wurde von den Erwerbslosen voll und ganz angenommen, wie es die Diskussion zum Ausdruck brachte. Ein Kollege von der Anwesenden prangerte die Politik der Parteien bis zur SPD. im Stadtparlament an, die sich gegen die Erwerbslosen richtet. Nachdem ein Erwerbslosenausschuß und die Delegierten zur Bezirkskonferenz gewählt waren, gelobten die Erwerbslosen, immer mit der SPD. zu kämpfen. Aufnahmen für Partei und Presse konnten sofort getätigt werden.

Miedowitz

Madawitz-Affäre

In der am Mittwoch stattgefundenen „Arko“-Versammlung wurde eine Protestresolution einstimmig von den Versammelten angenommen, wonach die Staatsanwaltschaft endlich davon gehen soll, die Ermittlungen in der Madawitz-Affäre weiter aufzunehmen, und daß endlich die Zeugen vernommen werden.

Ratibor

Öffentliche Versammlung in Ratiborhammer

Am Sonnabend fand in Ratiborhammer eine gutbesuchte öffentliche Versammlung der SPD. statt. Genosse König sprach in dieser Versammlung über die Stellung der Kommunisten zu den Wahlen und der arbeitserfreundlichen Politik der Reichsregierung sowie der Kommunen, Freistage und des Provinziallandtags. Unter aufmerksamer Anteilnahme der Versammlungsbesucher geißelte der Referent die Verschleuderung von Steuergeldern für ungenutzte Höfe, während auf der anderen Seite für die Massen der werttätigen Bevölkerung, besonders für die Arbeitslosen, kein Geld vorhanden ist. Die mit Zustimmung und Beifall aufgenommenen Ausführungen zeigen, daß auch in Ratiborhammer die revolutionäre Arbeiterschaft zur SPD. steht.

Hilf deiner Partei!



Am 17. November finden die Kommunalwahlen statt. Alle Parteien rufen. Das Agitationsmaterial kostet viel Geld. Die bürgerlichen Parteien haben es, nur die Arbeiter, die Kommunistische Partei, ist arm. Sie hat deshalb Wahlsondarmarken herausgegeben in der oben abgebildeten Form. Arbeiter, unterstütze deine Partei! Kaufe Wahlsondarmarken!

Das „Drei-Länder-Denkmal“ bei Annaberg in Oberschlesien



Cosel

Die Felle schwimmen weg

A. R. Zu unserer Freude können wir feststellen, daß die Gläubigen immer weniger von der Kirche rufen lassen. Der hiesige Pfarrer behauptet sich öfters bei der Predigt, daß er jetzt immer weniger Schnorren kann. Der Pfarrer mußte sogar bemerken, daß er statt Geld Dosenknöpfe im Klingelbeutel hatte. Ja, der gedrückten Kirche schwimmen langsam die Felle weg. — Arbeiter, laßt nicht nur dafür, daß euch nicht die Kirche den letzten Groschen aus der Tasche zieht, sondern lehrt den schwarzen Brüdern ganz den Rücken.

Groß-Sirehlitz

Von den Pleitegeiern

Ganz und gar ist die SPD. hier abgemeldet. Vor einigen Tagen machte die Pleitepartei eine Kreisversammlung zur Aufstellung der Kreislandtagskandidaten. Kein Gastwirt wollte aber die Vertreter aufnehmen, bis endlich nach langen Mühen der „Kaiserhof“ unterkommen gewährte. Ein Lehrer und der Bürgermeister Dr. Höflich aus Pleschitz wurden würdig von der zusammengeschobenen Konferenz gewählt. Fast durchweg Futterrippen Aspiranten waren nur anwesend. SPD-Leuchten, die nie etwas von sich merken ließen, tauchten plötzlich auf. Die Kreisliste steht auch bemerksprechend aus. An dritter Stelle steht der Bürgermeister Dr. Höflich.

Arbeiter, diese Kandidaten der SPD. warten darauf, um eure Kosten vier Jahre lang selbst herrlich zu leben. Sagt sie zum Teufel. Gmein in die SPD. und am 17. November alle Stimmen der revolutionären Partei des Proletariats.

Oppeln

Lächerliche Urteile im Polenprozeß

Nach sechsstündiger Verhandlung ging am Sonnabend der Polenprozeß zu Ende. Die 22 Jaskiften, die die Anklageurteile storten, kamen, wie wir es voraussehen, sehr billig weg. Nach den Zeugenangaben wurden alle 22 jaskifischen Rowdys des „schweren Landfriedensbruchs“ überführt. Am fünften Verhandlungstag leg das Plädoyer des Oberstaatsanwalts Wolff. Und siehe da! Als erster Antrag kam der Freispruch von 10 Jaskiften. Gegen die anderen Angeklagten beantragte der Oberstaatsanwalt 2 bis 8 Monate Gefängnis.

Der Vertreter des Nebenklägers, Rechtsanwalt Simon, bezeichnete diesen Antrag des Staatsanwalts als sehr milde. Was seiner Praxis führte er Beispiele an, daß die gleiche Justiz gegen Proletarier, die in der Inflationszeit sich ein Stück Brot mit Gewalt besorgten, mit mehreren Jahren Zuchthaus wühlte. Hier, wo die jaskifischen Kandidaten chauvinistische Kränkeltorien gegen wehrlose Menschen veranfaßten, stellt die Klassenjustiz solche lächerlichen Anträge.

Die Urteilsverkündung am Sonnabend trug von vornherein den Stempel, daß die Jaskiften nichts Schlimmes zu erwarten haben. 13 Jaskiften wurden freigesprochen, darunter auch der schmutzige Nazijüngling Wieszalla, gegen den 6 Monate Gefängnis beantragt waren, weil er nächst dem Dr. Anaal einer der Mädelstrolcher war. Die übrigen Angeklagten erhielten Strafen von 105 Mark Geldstrafe und von 2 bis zu 8 Monaten Gefängnis.

Hier bei diesem Prozeß hat die Justiz wieder bewiesen, daß sie eine Klassenjustiz ist.

Aus Beuterfreuden

A. R. Die Rotstandsarbeiter werden hier von den verschiedenen Ausschütern als Freiwild betrachtet. Auch der Steinmetzmeister Lischitz macht da keine Ausnahme. Stets machen ihm die Proleten zu wenig. Ohne einen Augenblick auszuruhen, müssen die Arbeiter schuften. Vor einigen Tagen wollte ein Kollege eine Zigarette rauchen. Lischitz, der auf der Baustelle war, ranzte gleich den Arbeiter an, daß er ihn zum Arbeiten habe. Der Kollege, sonst ein ruhiger Mensch, sagte darauf dem Lischitz Bescheid. Daraufhin beschimpfte Lischitz den Kollegen und zugleich auch die anderen Arbeiter und entließ den einen Kollegen. Als Grund gab Lischitz „Freiheit“ an. Was sich Lischitz erlaubt, ist mehr wie eine Freiheit. Was sagt denn eigentlich das Arbeitsamt zu dieser Behandlung der Rotstandsarbeiter? Kollegen auf den Baustellen, schließt euch zusammen, kämpft geschlossen gegen diese Methoden.

Polizeiverkürzung in Neudorf

In dem kleinen Neudorf besteht eine kommunale Polizei. Außerdem steht eine Anzahl Landjäger zur Verfügung. Anwohnern haben die Spitzer Angst, daß die Erwerbslosen und sonstigen Hilfsbedürftigen, die jetzt dem Hungertode preisgegeben werden sollen, doch nicht schweigen werden. Deshalb herrscht in ihren Reihen Furcht und Freude, weil die Regierung eine Verkürzung der Polizei-Träfte angeordnet hat. Statt 1200 Mann blauen Wohnen — das ist die Polizei der Bourgeoisie und Sozialfaschisten im Reiche, Staate und auch im kleinen Neudorf.

Schweidnitz

Kurz-, Weiß- u. d. Wollwaren Handarbeiten, Manufaktur Modewaren und Herren-Artikel

Georg Frauboes Ring 24 und Breslauer Str. 2

Lose der Preuss. Klassenlotterie und sämtlicher Privat-Lotterien

E. Täuber, Staatliche Lotterie-Einnahme

Kauft Schuhe bei Gross Ring 16

Breslauer Konfektionshaus Ring

F. Sewald empfiehlt sämtl. Molkererprodukte

Wilhelmpl. 7, Ring 8

Autohaus Max Seiler Automobile, Motor- u. Fahrräder

Germ. Stiefel, Haat, gepr. Cutler

S. Gallewiti Nachf. Edelstahlfabrik

Karl Brauner, Langstraße 45

F. Franke's Nachf. Kolonialw., Vogelfutter

Mag Dertel, Büttnerstraße 7

H. Fleisch- und Wurstwaren

Conrad Bischoff, Obere Volkowstraße 5

Hirschberg

Raja Kluge Dam-, Mädch-, Kinder-Güte u. -Mützen

Lebensmittel aller Art

Pragrembels Frühstücksstube

Erich Gessner Hauptplatz 14

Erke Hirschberger Wollstoffe

Schuhmacherei A. Heyduk Sand 14

Gustav Hornig, Großdestillation

Blumenhaus Grün Poststraße 6

Albert Ludwig, Markt 60

Samtliche Lebensmittel H. Henkel Sand 19

Felig Garwig Greiffenberger Straße 42

Herren- und Damen-Salon Heinze

Buchdruckerei E. Hausdorff

Möbel-Linke Schmiedeberg-Str. 22

Erich Seibt, Bahnhofstraße 65

Martin Bandmann Verlosungsgesellschaft

Berliner Partiemerkmale

MIFA Fahrräder Nähmaschinen

Max Schrenk, Schilbauer Straße 13

Musikhaus A. Feldmann, Schilstraße 6

Referiert Nr. 8

Herren- und Jünglingskonfektion

Vogel- und Futter-Handlung Böhme

Pod und Farben jedes Ton

Strümpfe Königsberger Wäsche

Grüner Milchballe

Kaufhaus Pinoff

G. Scharf, Warmbrunner Platz

Bade Dich gesund im Hedwigsbad

Gertrud Mite / Damenhüte

Gediegen und preiswert repariert

Carl Riegers Nachf., Am Burgthum

Gustav Püschel Uhrmachermeister

Johann Reichmann, Warmbrunner Straße

Simon Sachs Leder

Graf Wolf, Mühlgrabenstraße 23

Hilf - Strickid Markt

Nieder-Salzbrunn

Central-Druckerei

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei

Karl Unruh, Hofstraße 26

Billigste Bezugsquelle für gute Branntweine

Wollwaren / Herrenartikel

Hamburger Filzstoffe

Haase, Kipke-Biere Biergroßhandlung

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei

M. Tönsmann, Grabenstraße 1

Hiesiger Nachf., Hofstraße 1

Freih Feige, Dampfbackerei

Konfiserie und Café Niederthor

Freiburg Rich. Rothmann

Erich Dreisel, Landeshuter Straße 18

Ph. Wolff, Nikolaistraße 5

Weißstein Deutsches Haus

Bernhard Seibel, Eulabrunner Straße 2

Kaufhaus Hank

August Teuber, Hauptstraße 24

Gasthof „Zum Schwarzen“

W. Rixdorf, Kocher's Nachf.

Hermisdorf u. K. Alfred Hille

H. Ritter, Warmbrunner Straße 52

Nieder-Hermisdorf

Schmiedeberg LR. Treff

Germann Sperling, Liebaner Straße 18

Paul Bed, Oberstraße 5

Strehlen

Max Faust gut im Schinken

Max Kalle, Ring 25

Hausfrauen! Euer Kolonialwaren-Konsum

Landeshut

Adolf Hade, Waldenburger Straße 4

S. Molnerei, Wittenstraße Nr. 4

Gustav Haake, Wilhelmstraße 13

Kaufhaus Gustav Siles Nachf.

Elefried Karasch, Kirchstraße

Arthur Wüll, Fleisch- und Wurstwaren

Paul Thörner, Markt 19

Referiert

Uhren, Goldwaren Bruno Hoffmann

Ihre Bezugsquelle soll ständig sein

Kaufhaus Louis Frankenstein

Henry Tschentscher, Königstr. 4

Wilhelm Weinhold la Fleisch- und Wurstwaren

Referiert 99

Berlangt Feis Salsbach

Petersdorf A. Leising, Dorfstraße

Apothek, Dorfstraße 89

„Gerichtsfreudig“ / Dorfstraße

A. Rappner, Dorfstraße 252

Freih Verneid / Justizkassen

P. Bernhard, Dorfstraße 205a

Rothembach „Rug zum grünen Kranz“

A. Roehler, Joh. Paul Kennoch

Schuhwarenhaus Julius Asemann

Albert Rüdert, Landeshuter Straße 32

Heinrich Selbich Dorfstraße 103

Silbermann Nachf. R. Gottwald

Referiert

Adolf Dreijer, Nr. 113

Paul Mehl, Markt 9/10

Eugen Leyser, Kornstraße 6

Erhard Alfred Krebs, Kornstraße 9

A. Rogiel, Liebaner Straße 2

Emil Gläfer, Schlegelstraße 6

S. Hoffmann, Wollstraße 13

Carl Thulmann, Wollstraße 33/39

Germann Schaubert Nachf.

Möbel in reichhaltiger Auswahl

Adolf Fiebig, Ring 29

Vorzellan / Glas / Steingut

C. Reugebauer G. m. b. H.

Referiert 100

Fleisch- und Wurstwaren

Bandagen - Hygienische Gummwaren

Drogen- und Photo-Gut

Petersdorf

Otto Heidenreich, Dorfstraße

Murt Czok, Motor-Fahrräder

Georg Schaar, Arbeitshilfe

Günter Fritsch, Dorfstraße 8

Gustav Flieger, Kolonialwaren

Herbert Lonzer, Landeshuter Straße 44

Gustav Schlotte, Hauptstraße 30

Felig Krebs, Dorfstraße Nr. 76

Schwarzwaldau

Paul Simon, Nr. 115

Wilhelm Bauer, Dorfstraße 30

Steinkretscham

Paul Wolf, Billigste Bezugsquelle

Adolf Dreijer, Nr. 113